Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis frei Haus monat. 1000 M., durch die Post 1000 M. ohne Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschaft, e. G. Halle-Merseburg, Gr. Ulrichstraße 14. Fernruf 1045 1047 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr.

Mit der Zeitung „DAS WORT" als Beilage

Der Anzeigenpreis beträgt 35 M. für den Millimeter Höhe und Spalte. 200 M. für Reklame. Anzeigen bis 10 Uhr vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 40 Mark | Sonnabend, den 20. Januar 1923 | 3. Jahrgang. Nr. 17

Verschärfung im Ruhrgebiet

Kraftprobe bis zur Erschöpfung

(Eigene Drahtmeldung)

Essen, 19. Januar.

Der Reichsverkehrsminister hat den Eisenbahnern unter Androhung von Gefängnisstrafen verboten, Kohlen für die Entente zu befördern oder bei Umleitung deutscher Kohlenzüge nach Frankreich und Belgien mitzuwirken. Die Generaldirektion West, die von Essen nach Elberfeld verlegt ist, wird heute anordnen, daß von seiten der Besatzungsbehörden erlassene Befehle im Ruhrgebiet nicht zu befolgen sind. Ebenso hat der Reichsfinanzminister die ihm unterstellten Behörden im besetzten Gebiet angewiesen, den Anordnungen der Rheinlandkommission zur Beschlagnahme deutscher Steuern und Zölle und sonstigen Eingriffen in die deutsche Finanzverwaltung unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen. Für hieraus erwachsende Nachteile würden die Beamten schadlos gehalten werden.

*

Den verrückten Maßregeln der Cuno-Regierung setzt natürlich der französische Besatzungsgeneral den Befehl entgegen:

Jeder, der sich weigert, seine Arbeit zu tun, wird kriegsgerichtlich belangt werden.

Die Franzosen werden selbstverständlich so, nur so, auf den Befehl der deutschen Großindustriellen, die in Sicherheit in Hamburg oder Berlin sitzen, antworten. Der deutsche Eisenbahner, ein Proletarier, der von beiden Seiten bedroht und gerupft wird, wird nicht wissen, was er tun soll. Ein deutscher Eisenbahner, der für die deutsche Stinnes-Regierung sein Leben oder auch nur seinen Lohn aufs Spiel setzen würde, wäre ein Narr.

Die Absicht der Cuno-Regierung ist, eine Kraftprobe bis zur Erschöpfung durch Mobilisierung aller Energien für den nationalen Widerstand herbeizuführen. Offen spricht das „Die Zeit", das offiziöse Regierungsorgan Cunos, aus. Sie erinnert an den Herbst 1918, wo das deutsche Volk den Kampf der Erschöpfung nahe aufgegeben habe; es hätte ihn bis zur Erschöpfung weiterführen sollen. Diesmal soll um Kopf und Kragen gespielt werden. Man muß den „Deutschen" bei ihrem Wirtschaftskampf freie Handlassen. Man darf auch vor den Konsequenzen nicht zurückschrecken:

„Die passive Resistenz der deutschen Beamten, Arbeiter, und Industrieleiter muß bei dem jetzigen Vorgehen sehr bald zu vollständiger Stillegung der Industrie, der Bergwerke und des Verkehrs im Ruhrgebiet führen, da das zwangsweise Requirieren der Kohlenförderung im anderen Fall Poincaré einen Erfolg geben würde. Dieser Erfolg muß unter allen Umständen vermieden werden, koste es, was es wolle."

Das Programm der Schwerindustrie ist, die französische Regierung zu immer weiteren Gewaltmaßnahmen und zur völligen Abtrennung des Ruhrgebiets und des Rheinlandes von Deutschland zu zwingen. Zu diesem Zweck sind sie bereit, die Arbeiterschaft des besetzten und unbesetzten Gebietes in Arbeitslosigkeit und grenzenloses Elend zu stürzen. Ihnen winken dafür die Vertrustung mit den französischen Erzen und Milliardenprofite. Die Kraftprobe bis zur Erschöpfung, sie ist ein glänzendes Geschäft für die Großbourgeoisie, aber eine tödliche Bedrohung für die Arbeiterschaft.

*

Beschlagnahme der Bergwerke Verhaftung von Bergwerksdirektoren

WTB. Essen, 20. Januar.

Heute morgen ist mit der Beschlagnahme der staatlichen Bergwerke in Buer, Westerholt und Horst-Essicher begonnen worden. Die Beschlagnahme ist in der Weise vorgenommen worden, daß französische Truppen alle wichtigen Positionen der Bergwerke besetzt haben.

Die französischen Behörden haben mit den angedrohten Strafmaßnahmen begonnen. Mehrere Direktoren sind verhaftet worden, unter anderem Oberbergrat Uhrends, v. Westerhold sowie der Direktor der staatlichen Bergwerke in Buer und der Präsident der Bergwerkskommission Recklinghausen, v. Raiffeisen. Die Verhafteten sind nach Düsseldorf übergeführt worden. Gegen sechs deutsche Industrielle, darunter Fritz Thyssen, ist Strafantrag erhoben worden, daß sie einem Befehl des Generalkommandos nicht Folge geleistet haben. Sie sollen vor das Kriegsgericht des „großen Hauptquartiers" in Düsseldorf gestellt werden.

*

Beschlagnahme der Reichsbankgelder

Berlin, 20. Januar.

In Mainz, Wiesbaden, Worms, Bingen und Bonn sind gestern auf Anweisung der interalliierten Rheinlandkommission die Bestände der dortigen Reichsstellen beschlagnahmt und Zahlungen verboten worden. Der Beschlagnahme verfielen auch 140 Millionen Mark, die sich in einem Automobil vor der Reichsbank befanden und zur Deutschen Bank geschafft werden sollten. Die Deutsche Bank hat daraufhin ihre Schalter geschlossen. — Die Reichsbank hat daraufhin ihre Schalter geschlossen. Die Reichsbankanstalten in Bonn, Worms, Bingen, Kreuznach und Wiesbaden, die besetzt waren, sind wieder freigegeben worden. Besetzt sind die Reichsbankanstalten in Düsseldorf und Mainz. Abends wurde die Reichsbankstelle in Duisburg besetzt. Auch die Reichsbankanstalt in Ludwigshafen, die in letzter Zeit mehrfach aufgefordert war, ihre Bestände und den Dienstbetrieb den französischen Truppen zu übergeben und deren erster Vorstandsbeamter gestern vormittag von den Franzosen verhaftet wurde, ist wieder freigegeben worden. Der Vorstand der Reichsbanknebenstelle Ueberstein wurde gestern vormittag verhaftet. — Als Protest gegen die verschiedenen Maßnahmen der französischen Behörden haben in Düsseldorf verschiedene Banken geschlossen.

*

Provozierung der Arbeiterschaft?

Horst, 20. Januar.

An der Eisenbahnbrücke Horst auf dem Wege nach Altendorf wurden gestern abend beim Heimgehen von der Zeche Ruhrort von dort stehenden französischen Posten beschossen. Nach einem kurzen Anruf auf französisch feuerten die Posten sechs Schüsse ab. Ob jemand getroffen wurde, läßt sich noch nicht feststellen, da noch nicht alle Bergleute zurückgekehrt sind.

Langendreer, 20. Januar.

Gestern abend wurde auf dem Nachhausewege der Krankenpfleger Kowalsky vor dem Amtsgerichtsgebäude in Langendreer von einem französischen Posten erschossen.

*

Die Arbeiter verweigern die Arbeit unter Bajonetten

Recklinghausen, 20. Januar

Der Gesamtbetriebsrat der staatlichen Gruben im Ruhrgebiet beschloß mit den Vertretern der örtlichen Ein elbetriebsräte und des Beamtenausschusses, die unter französischer Militärbedeckung gestern vorgenommene Beschlagnahme der Staatsbergwerke im Bezirk Recklinghausen als einen gewaltsamen gegen die friedfertige Bergarbeiterbevölkerung zu betrachten. Die gesamten Belegschaften fordern die Freilassung der verhafteten Beamten und erwarten, daß die Schachtanlagen vom französischen Militär nicht betreten werden. Andernfalls wird der Gesamtbetriebsrat der staatlichen Bergwerke weitere geeignete Maßnahmen ergreifen. Unter keinen Umständen wird die Arbeiterschaft unter französischen Bajonetten arbeiten.

Gladbeck, 20. Januar

Die Belegschaft der Möllerschächte legte die Arbeit nieder infolge der Besetzung durch französische Truppen und der Verhaftung des Geheimen Oberbergrats von Raiffeisen.

Provokationen der Geheimdiplomatie Cunos

Die Regierung Cuno hat seit Beginn der Ruhrbesetzung ihren „unerschütterlichen Friedenswillen" betont. Jetzt erfährt man plötzlich durch eine Meldung des WTB., daß die Reichsregierung bereits am 17. Januar an die französische Regierung eine Note geschickt hat, in der sie drohend darauf aufmerksam machen ließ,

„daß die französisch-belgischen Truppen bei einem weiteren Vormarsch über Dortmund hinaus in das Gelände deutscher Reichswehrgarnisonen kommen würden."

Poincaré hat darauf geantwortet, daß die auf Weisung der Reichsregierung eingenommene Haltung der Ruhrindustriellen es den Alliierten Behörden unmöglich macht, auf gütlichem Wege vorzugehen. Die französische Regierung müsse für die Abwicklung der fälligen Kohlenleistungen Sorge tragen. Den anderen Teilen Deutschlands wird lediglich der noch verbleibende Ueberschuß zugeführt werden können. Sollte also durch die Schuld der deutschen Gebieten oder Industriellen die Förderungen herabsinken, so würden dadurch möglicherweise alle Kohlensendungen nach Deutschland verhindert werden.

Der deutsche Geschäftsträger hat darauf im Auftrage Cunos gestern mit der folgenden ungewöhnlich scharfen Erklärung geantwortet:

„Die deutsche Regierung hält jede weitere Erörterung der Zwecke des französisch-belgischen Einmarsches für überflüssig. Die französische Begründung läuft auf die Behauptung hinaus, daß Frankreich deshalb zu immer gröberen Formen des Unrechts greifen sei, weil das zuerst begangene Unrecht, der Einmarsch in deutsches Gebiet, von Deutschland nicht unterstützt worden ist."

Warum hat die Regierung Cuno ihre Note vom 17. Januar dem deutschen Volke und dem Deutschen Reichstag vorenthalten? Die Drohung mit der Reichswehr soll die Kriegsgefahr steigern. Ein Teil der deutschen Bourgeoisie will die Dinge auf die Spitze treiben. Die deutschen Arbeiter sollen in ein wahnsinniges Abenteuer gehetzt werden.

Wie lange werden sich die Arbeiter dieses Spiel mit ansehen? Wie lange werden sie warten, um mit der Faust dazwischen zu fahren? Wie lange werden sie die Regierung Cuno und ihre Geheimdiplomatie dulden?

Weder England nach Italien vermittelt

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 19. Januar.

Die Eca-Korrespondenz meldet: Ueber die angeblichen Vermittlungsabsichten Italiens ist an zuständigen Stellen der Reichsregierung bisher nichts bekannt geworden. Irgendwelche Vorschläge des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini sind bei der Reichsregierung nicht bekannt geworden.

Nach einer Meldung der „Times" soll die Reichsregierung eine geheime Mission nach London geschickt haben, um die englische Regierung vertraulich um eine Intervention wegen der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen zu ersuchen. Wie uns von zuständiger Stelle versichert wird, entbehrt diese Meldung jeglicher Begründung.

Die neuen Kriegsgefahren

„Frankreich und Deutschland sind gegenwärtig einem Krieg so nahe, wie zwei Völker es sein können, von denen das eine bewaffnet ist und das andere nicht. Nur die Tatsache von Deutschlands Entwaffnung hindert es, daß ein Krieg in vollem Sinn des Wortes ausbricht", schreibt der „Manchester Guardian". Was die Franzosen im Ruhrgebiet tun, begründen sie mit dem glorreichen Versailler Friedensvertrag. Aber es hat keinen Sinn, sich dagegen zu sträuben: der Versailler Vertrag ist tot. Und er wurde getötet von denen, die ihn seit drei Jahren als die Bibel der neuen Welt hingestellt haben, von den französischen Kapitalisten. Die letzten Monate haben das Bild Europas gründlich verändert: der Untergang der Demokratie in Italien, die Rückkehr der Türken auf europäischen Boden, die Besetzung des Ruhrgebiets und der Untergang der Mark, all dies sind Ereignisse, die zwar noch nicht die europäische Revolution bedeuten, die aber Meilensteine darstellen auf dem Wege zum Zusammenbruch der europäischen kapitalistischen Ordnung.

Niemals hat der Pazifismus so viele Huldigung empfangen, niemals war er so hof- und gesellschaftsfähig, niemals wurde er von Geistlichen und Kapitalisten, von Arbeiterführern und Diplomaten so gerühmt, wie in der Gegenwart. Und trotz der unaufhörlichen Bekenntnisse zum Frieden und zur Verständigung wird die Zerklüftung der gegenwärtigen Gesellschaft immer ärger, werden die Gegensätze immer schärfer, wird ihre Ausgleichung immer hoffnungsloser. Das Wesentliche ist im Moment noch gar nicht, daß Millionenheere gegeneinander aufmarschieren, in die Schützengräben hinabsteigen und sich gegenseitig mit Giftgasen beglücken. Sondern es genügt, daß die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Welt immer neue Verwirrung schaffen und jede kapitalistisch „vernünftige" Lösung der Probleme ausschließen. Wo sind jetzt all die Bankiers-Konferenzen, wo sind die Schulden-Tilgungs- und Anleihepläne, wo ist Hilferdings Markstabilisierung, mit der man den deutschen Arbeiter solange einzuschläfern suchte?

Im gegenwärtigen Moment bemüht sich in Washington die englische Finanzkommission mit Herrn Baldwin an der Spitze, den Zinsfuß festzulegen, den England seinem amerikanischen Gläubiger zu leisten hat. Während aber die weisen Herren in Washington sich um das halbe Prozent streiten, sinkt die kapitalistische europäische Wirtschaft rollends in den Abgrund. Was im Ruhrgebiet gegenwärtig vor sich geht, ist das Raufen der deutschen und französischen Kapitalisten auch um einen Prozentsatz, nämlich um den Prozentsatz, nach dem jeder von beiden die deutschen Arbeiter ausbeuten darf. Es ist immer noch am wahrscheinlichsten, daß am Ende die beiden Kampfhähne sich doch wieder versöhnen werden. Denn wie es in dem oben zitierten Artikel des „Manchester Guardian" heißt: „Herr Stinnes bemüht sich um ein praktisches Abkommen mit den Herren des lothringischen Eisens." Aber bei dieser Auseinandersetzung zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie werden auf beiden Seiten die nationalistischen Instinkte entfesselt. Die französischen Machthaber wollen durch immer neue Gewaltverordnungen dem Boche so gut wie dem französischen Kleinbürger zeigen, wie stark sie sind. Und die deutsche Schwerindustrie sucht ihre Position dadurch zu bessern, daß ihre Presse die deutschvölkische Seele zum Kochen bringt. In dieser Atmosphäre kann jeden Augenblick auch aus dem gemütlichen Kohlenkrieg ein blutiges Gemetzel werden. Bochum ist ein Vorzeichen, dem leicht noch ganz anderes folgen kann, wenn die Spannung anhält.

Der Versailler Friedensvertrag hatte bisher den Sinn, daß Frankreich und England gemeinsam von Deutschland gewisse Leistungen forderten, wobei die Entente die Besetzung des linken Rheinufers als Druckmittel ausnutzte. Zurzeit liegen die Dinge so, daß England sich ausgeschaltet hat, daß Deutschland nichts mehr leistet und daß die Franzosen weit über die Rheinlinie des Versailler Vertrags hinaus sich im gesamten Ruhrgebiet eingenistet haben. Das ist eine völlig neue Situation. Aus ihr kann werden, was da will. Auf jeden Fall wird es etwas anderes sein, als wie man es sich in Versailles 1919 dachte. Der Versailler Vertrag teilt das Schicksal des Vertrages von Sèvres, den die türkischen Kanonenschüsse durchlöchert haben. Die Sensationen des Ruhrgebiets haben die Aufmerksamkeit von Lausanne abgelenkt, aber der Orientfriede ist zurzeit genau so problematisch wie der deutsche Friede. Im strittigen Gebiet von Mossul sind die solange angekündigten Aufstände der mohamedanischen Bevölkerung gegen die englische Herrschaft eingetreten. Und Großbritannien hilft sich „echt christlich" und „pazifistisch" dadurch, daß es auf die aufständischen Städte und Dörfer Fliegerbomben regnen läßt. Zur selben Zeit haben die Engländer ihren Freund, den aus Konstantinopel verjagten Sultan in Mekka auftauchen lassen. Dort, in der heiligen Stadt des Islams, wurde der Kalif von Englands Gnaden begeistert von arabischen Fürsten aufgenommen, deren Religion gleichfalls durch englische Pfundnoten bestimmt wird. Die Engländer legen also in Arabien die Gegenmine gegen den Nationalismus Kemal Paschas. Das sieht gerade nicht sehr friedfertig aus.

Die nächste Gefahrzone ist das Memelgebiet, das auf Grund von Artikel 99 des trefflichen Versailler Vertrages provisorisch den Ententemächten überwiesen ist. Deutschland hat sich auf Grund desselben Artikels verpflichten müssen, im voraus die Lösung anzuerkennen, die der Entente über Memel genehm sein sollte. Die Memeler Frage wird dann akut sein, wenn die Polen und Franzosen gemeinsam versuchen werden, den litauischen Handstreich rückgängig zu machen. In Osteuropa sind die Grenzen so provisorisch gezogen, hat die diplomatische Kleisterei so schwankende Verhältnisse

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230120-14/fragment/page=0001

geschaffen, daß auch hier der geringste Anstoß genügt, um einen Riesenbrand zu entfesseln.

Wenn auch nach den neuesten Nachrichten die Meldungen über ungarisch-rumänische Grenzzwischenfälle sich als übertrieben herausstellen, so bleibt dennoch Kriegsgefahr in Europa genug. Sowjet-Rußland hat mit der rücksichtslosen Offenheit, die ihm eigen ist, den Völkern Europas diese Tatsache zu Gemüte geführt. Die 3. Internationale hat auf der ganzen Linie ihre Pflicht getan, sie hat im Orient die gerechte Lösung empfohlen, um die Selbstbestimmung der Türkei zu sichern. Sowjet-Rußland suchte durch seinen Abrüstungsvorschlag die Kriegsgefahren aus Osteuropa zu verbannen. Die deutschen und französischen Kommunisten bemühen sich diesseits und jenseits des Rheins, den nationalistischen Wahnsinn zu bekämpfen. Der Vorschlag der 3. Internationale an die Amsterdamer, die gemeinsame internationale Aktion einzuleiten, gibt diesen die Möglichkeit, ihre Verheißungen vom Haag zu erfüllen. Aber es scheint, daß die Herren Reformisten wieder bei schönen Worten und leeren Sitzungen bleiben, während die kapitalistischen Räuber handeln. Um so mehr erwächst in allen Ländern den Kommunisten die Pflicht, den Arbeitermassen die Wahrheit zu sagen. Nur der Sturz der kapitalistischen Regierungen und die Aufrichtung von Arbeiterregierungen kann die Kriegsgefahren beseitigen, die ja nicht aus dem bösen Willen einzelner regierender Männer entstehen, sondern aus den unversöhnlichen Gegensätzen innerhalb der kapitalistischen Ordnung.

Cachin wird verhaftet!

Die Kammer hebt seine Immunität auf

WTB. Paris, 19. Januar.

Die Kammer hat in einer Nachtsitzung mit 371 gegen 143 Stimmen die Aufhebung der parlamentarischen Immunität für den kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin beschlossen. Die Verhandlungen waren von einer Heftigkeit, wie man sie selten im französischen Parlamente erlebt hat. Die Sitzung mußte wiederholt unterbrochen werden. Zum Schluß kam es sogar zum Handgemenge. Der Antrag des kommunistischen Abgeordneten Ernest Lafont, die Dokumente, die der Anklage gegen Cachin: „Attentat gegen die Sicherheit des Staates" zugrunde liegen, nochmals prüfen zu lassen, wurde mit 372 gegen 171 Stimmen abgelehnt. — „Petit Parisien" glaubt, daß der Abgeordnete Cachim heute verhaftet werden wird.

•

Das französische Parlament hat den kommunistischen Abgeordneten Genossen Cachin den Gerichtsgewalten ausgeliefert, nachdem es seine Abgeordneten-Immunität aufgehoben hat. Dieser Beschluß der nationalistischen Pariser Kammer wäre, wenn man die Sache juristisch behandelt, ein Schandfleck an der Ehre des französischen Parlaments, wenn es so etwas wie eine Ehre besäße. Die Verhandlungen in Essen fanden in voller Oeffentlichkeit statt. Wozu die westeuropäischen kommunistischen Parteien, die auf der Essener Konferenz vertreten waren, die Arbeiter aufforderten, wurde festgelegt in einem öffentlichen Manifest. Dieses öffentliche Manifest verpflichtete die deutschen Arbeiter zum Kampfe gegen die bürgerliche deutsche Regierung und ihre Politik der Sabotage der Reparationen durch Steuerhinterziehungen, gegen ihre Politik der Bezahlung der Kriegsschuld der deutschen Bourgeoisie aus den Taschen der deutschen Arbeiterklasse. Es verpflichtete die deutschen Arbeiter, gegen den deutschen Nationalismus zu kämpfen. Gleichzeitig verpflichtete es die Arbeiter der Westländer, mit aller Kraft gegen die Erdrosselung des deutschen Volkes durch die Entente anzukämpfen. Es verpflichtete sie, sich dagegen zu wehren, daß Herr Poincaré den Frieden Europas über den Haufen wirft und den Zustand herbeiführt, wo wieder die Flinte schießt und der Säbel haut. Das, was das Manifest von Essen über die französische Politik sagt, kann man in jedem vernünftigen Buche bürgerlicher europäischer Politiker lesen, in den Büchern von Keynes, in den Büchern von Nitti, ja sogar in dem Buche von Josef Caillaux. Das Manifest brachte zum Ausdruck, was Millionen und aber Millionen von Arbeitern in Europa denken. Und wegen dieses Manifestes, wie wegen der Reden, die Cachin zu Zehntausenden deutscher Arbeiter öffentlich hielt, wegen der Reden, die von neuem das Band der Solidarität zwischen der deutschen und französischen Arbeiterklasse anknüpften, soll Marcell Cachin vor die Gerichte kommen. Und sollte er verurteilt werden, so wird man sagen können: **es gibt Richter in Paris, die in nichts sich von den Richtern in Berlin unterscheiden.**

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die einzige, die, auf ihre französischen Kameraden blickend, mit Stolz sagen kann: es sind unsere Gesinnungsgenossen, die dort auf der anderen Seite des Rheins sich der Unterdrückungs- und Auspowerungspolitik von Versailles entgegenwerfen. Und darum Gruß und Handschlag der Kommunistischen Partei Frankreichs, Gruß und Handschlag den Genossen Monmousseau, Ker und Cachin.

Ein französischer Stadtrat gegen die Politik Poincarés. Aus Paris wird gemeldet: Der Stadtrat von Trones hat auf Antrag der kommunistischen Fraktion eine Protestresolution angenommen, die sich gegen die imperialistische Politik Poincarés und gegen die willkürlichen Verhaftungen wendet.

Sozialdemokraten, hütet Euch!

Drohung der Nationalisten mit Diktatur

Die Konterrevolution hält auch in Deutschland ihre Stunde für gekommen. Die nationale Welle ist da, von der sie sich aus Staatsruder tragen lassen will. Man braucht nur zu hören, mit welchem Siegesgefühl der Führer der Deutschnationalen, der Königliche Staatsminister a. D. Hergt, auf dem pommerschen Parteitag der Deutschnationalen gesprochen hat:

„Die Sozialdemokraten sagten, am 9. November 1918 habe sich das Bürgertum verkrochen, und es ist etwas Wahres daran. Aber nun wollen wir auf dem Plan sein, und zum erstenmal seit vier Jahren haben wir den Aufmarsch des Bürgertums gesehen, in einer Weise, die unwiderstehlich ist. Innerpolitisch muß sich das weiter auswirken, und ich sage: Hütet Euch, Ihr Sozialdemokraten, Ihr seid der Situation nicht mehr gewachsen! Ihr ahnt nicht, wie es bei Euch steht, oder Ihr verschließt die Augen, weil Ihr Angst habt vor dem Wort Krieg, das es nicht mehr gibt in dem Wörterbuch der Sozialdemokratie, und Angst vor den revolutionären Errungenschaften. Aber hütet Euch, die Welle die durch die Lande geht, geht auch über Euch hinweg, wenn Ihr nicht im letzten Augenblick noch einlenkt."

Die Bourgeoisie ist ihrer Verachtung der bürgerlichen Demokratie und — der Sozialdemokratie vollauf berechtigt. Ein Reichstag, der im Begriff steht, der taumelnden Regierung diktatorische Vollmachten zu geben, eine Sozialdemokratie, die dazu nicht ja und nicht nein sagt, verdient es, mit einem Fußtritt von der Konterrevolution davongejagt zu werden. Was die Kommunisten beim Regierungsantritt Cunos immer wieder den Arbeitern vor Augen geführt haben, droht sich jetzt zu verwirklichen: **diese Regierung, die ohne die Mitwirkung der Sozialdemokratie nicht ans Ruder gelangen konnte, wird die Sozialdemokratie beiseite schieben, um mit Hilfe der konterrevolutionären Garden die Diktatur gegen die Arbeiterschaft aufzurichten.**

Neue Kommunistenverfolgung in Südslawien. Ein „Times"-Telegramm aus Belgrad meldet: Die Polizei hat mehrere Kommunisten, darunter einen Anwalt, verhaftet. Eine Konferenz, die versuchen wollte, die Kommunistische Partei unter dem Namen „Proletarier-Partei" wieder aufleben zu lassen, wurde verboten.

Abrechnung mit dem sozialdemokratischen Reaktionär Severing

(Eigener Bericht.)

Berlin, 19. Januar.

Der Landtag setzte heute die Beratung über die Städte- und Landgemeindeordnung fort. Die grundsätzliche Stellung der kommunistischen Fraktion zu diesen Machwerken des Sozialdemokraten Severing umriß in einer zusammenfassenden Rede

Genosse Katz:

Die Gesetze bringen nichts Neues, sondern legen nur nieder, was schon bisher oft üble Gepflogenheit war. Severing will mit seinen Gesetzen die proletarischen Gemeinden niederhalten und eine Friedhofsruhe im Staate verbreiten.

Der Entwurf hat das Ziel, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu zertrümmern.

Die Kompetenzen der Gemeinden werden übermäßig eingeschränkt, das gleiche Wahlrecht wird in einzelnen Bestimmungen **durch ein Dreiklassenwahlrecht** ersetzt, die Polizeigewalt wird den Gemeinden genommen. Aber der Versuch, durch die Städteordnung das proletarische Element im preußischen Schieberstaat zu ersticken, kann nicht gelingen, weil die Grundlagen des kapitalistischen Staates erschüttert sind.

Der Entwurf schlägt all dem ins Gesicht, was die Sozialdemokratie selbst jahrzehntelang gefordert hat. Er bleibt sogar weit zurück hinter dem Reformwerk Stein-Hardenbergs vor mehr als 100 Jahren. Sogar die „Frankfurter Zeitung" bezeichnet die Städteordnung als „revolutionär", als eine „Lähmung der Selbstverwaltung".

Die Bestimmung, daß

das Wahlrecht

an einen sechsmonatlichen Aufenthalt in einer Gemeinde gebunden ist, trifft nur die Arbeiter, nicht aber die seßhaften Spießbürger, Schieber und Gewerkschaftsbonzen. Kapitalisten, die mehrere Betriebe oder Filialen in verschiedenen Gemeinden haben, bekommen auch ein Mehrstimmenwahlrecht. Sie können mehrfach wählen. Das Zweikammersystem soll in den Gemeindeparlamentarismus eingeschmuggelt werden. Die Oeffentlichkeit der Sitzungen kann nach den neuen Bestimmungen leicht aufgehoben werden.

Die SPD., die sich in ihrem Programm immer für eine zweijährige Legislaturperiode einsetzt, hat jetzt so heillose Angst vor den Neuwahlen in den Gemeinden, daß im Ausschuß ein Sozialdemokrat erklärte, am besten sei eine **sechsjährige Wahlperiode.** (Hört! Hört!) In der Städteordnung ist eine **vierjährige** und für besoldete Magistratsmitglieder sogar eine **zwölfjährige** Periode festgesetzt.

Die Geschäftsordnungsbestimmungen für die Gemeinden sind darauf berechnet, die Opposition der Arbeiter zu erdrosseln. Die berüchtigten „Strafbestimmungen" aus den politischen Parlamenten — Ausschluß aus den Sitzungen — sind übernommen. Der Bürgermeister hat das unbedingte Vetorecht gegenüber Beschlüssen der Gemeindeparlamente. Es kann ein Reaktionär allein die Geschäfte einer ganzen Stadt sabotieren. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gegen den Staat wird auch auf dem Gebiet wirtschaftlicher Eigenbetätigung erdrosselt.

Sogar die Staffelung der Tarife der kommunalen Betriebe (Gas, Wasser usw.) nach dem Einkommen wird in dem Entwurf verboten!

Für alle Ausgaben wird eine Zweidrittelmehrheit verlangt, d. h. praktisch wird das Prinzip der Demokratie durch den Sozialdemokraten Severing aufgehoben.

Der Staat erhält ein unbedingtes Aufsichts- und Einspruchsrecht. Wird aber trotz aller Schikanen des Gesetzes einmal von einer proletarischen Gemeinde ein sozialer Beschluß gefaßt, so braucht die Regierung also nur Einspruch zu erheben und schon ist die Sache erledigt. Die Regierung erhält Bestätigungsrecht für alle Bürgermeister. Kommunisten werden nach wie vor nicht bestätigt.

Der kommende Gemeindewahlkampf wird d. Quittung sein, die das Proletariat dem Sozialdemokraten Severing für diesen Schand-Entwurf ausstellen wird. Die Sozialdemokratie wird eine zerschmetternde Niederlage erleiden, weil die Arbeiterschaft die Folgen der kapitalistischen Politik dieser Partei zur Genüge kennengelernt hat. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner der Deutschen Volksparteiler, Leidig, stimmte bezeichnenderweise dem Entwurf freudig zu und erklärte, Herr Severing habe viel zugelernt. Der Demokrat Preuß versuchte durch professorenhaftes Geschwafel die Notwendigkeit einer Verschiebung des ganzen kommunalen Reformwerks nachzuweisen. Natürlich haben auch die Demokraten schlotternde Angst vor den Neuwahlen. Immerhin meinte auch der Demokrat Preuß, daß man wirklich nichts verliere, wenn der Entwurf nicht sofort Gesetz würde. Der Sprecher der äußersten Reaktion hinwiederum Lobe Severing wegen der reaktionären Bestimmungen über das Schellenbaus, wünschte aber, daß das Wahlrecht noch weiter verschlechtert werde.

Der Schluß der Sitzung brachte eine **lebhafte Auseinandersetzung** zwischen dem Genossen Katz mit den Parteien der Reaktionäre und ihrer VSPD.-Helfershelfer, weil diese die so wichtige Frage des Strafvollzugs, der Lebensmittelpreise und der Ruhrbesetzung nicht unseren Anträgen entsprechend zu Beginn der Sonnabend Sitzung verhandeln, sondern erst so spät ansetzen wollten, daß ihre Verhandlung auf den St. Nimmerleinstag hinausgeschoben würde. Unter lebhaftem Beifall der gesamten Reaktion wurde zuletzt unser Antrag von allen Parteien gegen uns niedergestimmt, wobei Leinert, der Präsident dieses ehrenwerten Parlaments, wegen seiner willkürlichen Geschäftsführung von den Volksparteilern und Deutschnationalen lebhaft beglückwünscht wurde.

Eine Schlinge um den Hals des Proletariats

Arbeiter, das dankt Ihr den Sozialdemokraten!

(Eigener Bericht.)

Berlin, 19. Januar.

In der letzten Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages wurde folgender Antrag der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

„Dem Reichsstrafgesetzbuch wird folgender § 107 a eingefügt: Wer nicht verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt oder in unmittelbarem Zusammenhange mit solchen Versammlungen, Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten begeht, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkannt werden kann, bestraft. Der Versuch ist strafbar."

Dieser Knebelungsantrag hat eine lange Geschichte. Er stammt aus einem bürgerlichen Antrag zum Schutzgesetz, das durch dieser Zusatz zum offenen Knebelungsgesetz gegen die Arbeiterschaft gemacht werden sollte. Da die bürgerlichen Parteien jedoch bei der damaligen Erregung der Arbeiterschaft den Antrag nicht durchzusetzen wagten, wurde er unter Zustimmung der Sozialdemokraten am 17. Juli als besonderer Antrag zum Strafgesetz eingebracht. Durch den geschäftsordnungsmäßigen Einspruch der Kommunisten wurde die Behandlung vereitelt. Als sich dasselbe am 18. Juli wiederholte, stellte der Reichstagspräsident Löbe die Unterstützungsfrage für den Einspruch. Da außer den Kommunisten sich eine Anzahl Unabhängiger und sogar Rechtssozialisten erhoben, war die Verhandlung vereitelt.

Bei der zweiten Sitzung am 18. Juli erreichten die Bürgerlichen, daß sämtliche MSPD.-Abgeordnete, die sich damals gerade mit der SPD. zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammengetan hatten, den Sitzungssaal verließen, so daß sich für den Einspruch nur die anwesenden 12 Kommunisten erhoben und der Antrag in erster Lesung angenommen wurde.

Die Arbeiterschaft hat sich also bei den Sozialdemokraten, insbesondere den ehemaligen Unabhängigen, dafür zu bedanken, daß die Annahme dieses Knebelungsstrafgesetzes — übrigens noch mit beträchtlichen Verschärfungen — durch den Reichstag unmittelbar droht. Sie muß alle Hebel in Bewegung setzen, damit dies Schandgesetz, das die Arbeiterschaft wehrlos in die Gewalt der Klassenjustiz geben soll, vereitelt wird.

Vorbereitung der Vorbereitung zur Vorbereitung

Die Amsterdamer Internationale läßt durch ihr Bureau ein Telegramm in die Welt los, in dem sie berichtet, sie habe Stellung genommen zur Besprechung der durch die Besetzung des Ruhrgebiets geschaffenen Lage. Die Lage ist geschaffen, die Stellung ist genommen — der Amsterdamer Internationale, nicht des Kapitalismus —, das Telegramm gibt kund, was Amsterdam tun will.

Amsterdam nahm zur Kenntnis die Ansicht der internationalen Berufssekretäre der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter, wie wohl durch eine wirksame Aktion der Arbeiter gegen die militärischen Gewaltmaßnahmen — was glaubt ihr wohl? — Einspruch einzulegen ist. Und siehe: Einstimmig hat Amsterdam Beschluß gefaßt. Wie schwer muß es gewesen sein, einen so schwerwiegenden Beschluß zu fassen! Denn dieser Beschluß lautet: „Sofort mit allen angeschlossenen Landeszentralen in Verbindung zu treten, um die Möglichkeit eines entschiedenen Auftretens in Erwägung zu ziehen und für die zu unternehmende Aktion bereits vorbereitende Maßnahmen zu treffen, daß sich die Arbeiter aller Länder bereithalten sollen, um jedem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes und seiner angeschlossenen Organisationen Folge zu leisten, um die Beschlüsse der Kongresse von Rom und im Haag wenn nötig (!), in die Tat umzusetzen." Wenn das nichts ist! Die Arbeiter werden schon „sich bereithalten". In der Tat haben die deutschen Sozialdemokraten ihnen gezeigt, wie man sich bereithält: mit Herz und Hand fürs Vaterland (der Stinnese). Auch die belgischen Sozialdemokraten haben nicht übel gesagt, wie man sich bereithält: „Die Reparationen müssen von Deutschland gezahlt werden" (durch die deutschen Proletarier). Und auch die englischen Sozialdemokraten machen's nicht übel: sie tun gar nichts. Aber die französischen schießen den Vogel ab: Herr Leon Blum, dem der „Vorwärts" einen Leitartikel widmet, um zu zeigen, was für Prachtkerle die Leute aus der SPF. sind, „protestiert" in der Kammer gegen die Ruhrbesetzung, und zwar „weil Völkerrecht, demokratisches Recht, Menschenrecht durch derlei militärische Sanktionen verletzt wird" und „vor allem auch im Namen der Interessen Frankreichs, die Sie in allerschwerster Weise verletzen". Nun ja, vor dem Protest wird Poincaré sich fürchten! Er kennt seine Leute: sie werden protestieren, mittags ihre Hammelkeule essen, abends ihren Absinth trinken und mit wehem Herzen in das französische Bett steigen, um davon zu träumen, wie schlecht die Welt ist, in der Menschenrechte verletzt werden. Träume sanft, sanfter Leon Blum nebst der gesamten französischen und sonstigen Sozialdemokratie und den Amsterdamer Führern. Vor lauter Vorbereitung zur Vorbereitung kommt Ihr inflamont mit Eueren papierenen Protesten in dem Augenblick, wo die Nationalisten die Kanonen sprechen lassen — und dann sieht Ihr vor „vollendeten Tatsachen" und müßt blutenden Herzens in den Krieg ziehen, den Ihr so verabscheut, und den Ihr in Heimquartieren blutenden Herzens übersteht.

Wenn die Arbeiter bereit sein wollen, so müssen sie sich auf sich allein verlassen. Weder die Amsterdamer, noch die Londoner Internationale werden ihnen irgendwie helfen, denn sie sind keine Internationale, sie sind eine Zusammenfassung von Arbeitern, die sich die Führung von Nationalisten und Pazifisten gefallen lassen, und, solange sie sich diese Führung gefallen lassen werden, in Kriege hineintaumeln müssen.

Riesenwaffenfund in Berlin

Mitte Dezember wurden in der Wohnung eines gewissen Franke, Brunnenstraße 83, eine Unmenge Waffen von der Schutzpolizei beschlagnahmt, darunter zirka 350 000 Schuß Infanteriemunition. Bis heute hat weder die Polizei, noch die bürgerliche Presse es für notwendig gehalten, davon der Oeffentlichkeit Mitteilung zu machen. Freilich, es handelt sich ja um einen Reaktionär, Mitglied eines Schützenvereins, Komplicen von Offizieren, der sich so unvorsichtig benehm, daß die Polizei zugreifen mußte.

Eingeheiten über diesen Fall Franke sind interessant, weil sie typisch sind für die Unverschrtheit reaktionärer Waffenschieber und die gewollte Blindheit der Behörden: Schon 1919 hat der Rote Soldatenbund eine Menge Waffen, darunter 30 Gewehre, dort ausgehoben. Trotzdem konnte Franke seine Waffenschiebungen unter der harmlosen Marke einer „Reparaturwerkstatt für Jagdgewehre" betreiben, bis er es vor kurzem so großzügig ausbaute, anstandslos die behördliche Konzession zum Handel erhielt und sein Bureau offen „Waffen- und Munitionshandlung" nannte. Seitdem betrieb er einen schwunghaften Waffenhandel im großen. Besonders nachts kamen Autos vorgefahren, die Insassen hupten dreimal ein verabredetes Zeichen, und dann begannen die Aus- und Einladungen der Waffenkisten. Die wiederholten Beschwerden der Hausbewohner wurden einfach nicht beachtet.

Die Aufdeckung erfolgte ganz zufällig und war fast nur der unerhörten Frechheit der ausladenden Personen zu danken. An dem fraglichen Abend luden Männer Kisten auf einen Wagen; die Kisten hatten das Format von Munitionskisten. Das beobachteten zwei Grüne und fragten, was denn am Sonntag da eigentlich aufgeladen würde. Die Antwort war „Munition". Die Beamten ließen ruhig weiter ausladen und beschlagnahmten in dem Augenblick, wo die Leute abfahren wollten, die Ladung und brachten sie nach dem Revier in der Voltastraße. Kurz darauf erschien ein Lastkraftwagen, auf dem Franke saß, und es wurden sodann verschiedene Grüne mobil gemacht, die die Wohnung Frankes von A bis Z ausräumten (natürlich nur, soweit es sich auf Waffen bezog) und die Kisten ebenfalls nach der Wache in der Voltastraße brachten. Am Montag früh kam dann noch einmal ein Auto. Franke hat in seiner Wohnung 250 000 Schuß Infanteriemunition, dann Gewehre, Karabiner und Sprengmunition gehabt. Es ist von einer Hausbewohnerin auch gesehen worden, daß ein Maschinengewehr aufgeladen wurde.

Bis heute haben wir noch nichts wieder davon gehört. Wahrscheinlich ist Franke inzwischen längst wieder stillschweigend freigelassen. Bezeichnend für die Auffassung der Polizei, die die ganze Angelegenheit am liebsten vertuschen oder gar den Kommunisten in die Schuhe schieben möchte, ist die Aeußerung eines Kriminalkommissars: „Das wären Waffen und Munition gewesen, die für einen kommunistischen Putsch in Bayern gebraucht werden sollten."

Unsere Genossen und alle Arbeiter können daraus sehen, wie die Reaktion arbeitet, und daß es nur offener Augen bedarf, um wenigstens teilweise ihre Rüstungen festzustellen. Es ist die Pflicht aller Arbeiter, die irgend etwas Verdächtiges bemerken, dies sofort der Partei oder der Zeitung mitzuteilen. Auf die Polizei ist in solchen Fällen kein Verlaß.

Griechisch-türkischer Zusammenstoß. Im Abschnitt von Ipsala an der Maritza kam es zu einem Zusammenstoß zwischen griechischen Patrouillen und türkischer Gendarmerie, wobei ein türkischer Zivilist getötet wurde. Pariser Nachrichten sprechen von griechischen Truppenkonzentrierungen in Thrazien in Stärke von 60 000 bis 70 000 Mann. Die Griechen sollen sich zur Ueberschreitung des Maritzaflusses vorbereiten. Es kam zu mehreren Zwischenfällen, besonders in der Nähe von Bordjak.

Der Dollar heute vormittag 18 800 Mark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230120-14/fragment/page=0002

Ueber Parteidisziplin

Wir drucken im Nachfolgenden ein Rundschreiben des Moskauer Komitees der Kommunistischen Partei Rußlands ab. Die darin behandelte Frage der Parteidisziplin gewinnt besonders im Hinblick auf die zugespitzte politische Lage, die an jeden kommunistischen Genossen die stärksten Anforderungen stellt, die allerhöchste Bedeutung auch für die deutsche Partei. Die Redaktion.

(An sämtliche Bezirkskomitees, Organisationsgruppen und Mitglieder der Moskauer Organisation.)

Die historische Epoche, in der wir leben, verlangt von unserer Partei eine ungeheure Anspannung aller Kräfte. Wir predigen unentwegt Arbeitsdisziplin, Hebung der Industrie und Einführung streng geregelter Zustände auf allen Gebieten unseres Lebens. Die Partei muß in dieser Beziehung vorangehen. Wir werden auch an der inneren Front den Sieg davontragen, falls wir die Disziplin der Partei selbst auf ein Höchstmaß steigern. Die Parteidisziplin erfordert eine unbedingte und einwandfreie Ausführung aller Beschlüsse der Parteiorganisation als Ganzes durch die Organe der Partei. Die pünktliche Ausführung beruht auf Genauigkeit, Schnelligkeit und einem Höchstmaß von Aufmerksamkeit und ergibt sich aus dem Verständnis für das Prinzip der Pflicht, das durch Großziehen des Verantwortlichkeitsgefühls gewonnen wird.

Unsere Partei steht gegenwärtig an der Grenze, an der eine entschiedene Wendung nach der Richtung einer wirklichen Schaffung eines neuen Lebens beginnt. Für diese Arbeit trägt die Partei und nur sie allein, die Verantwortung, und um so größer wird die Rolle und die Verantwortung der Partei in bezug auf die Revolution. Diese Verantwortung verteilt sich in ihrer ganzen Größe auf alle Parteimitglieder, und wir werden die Last dieser Arbeit umso leichter ertragen, wenn es, im Einklang mit Punkt 1 des Parteistatuts, keine Parteimitglieder ohne Pflichten gegenüber der Partei geben wird.

Bei Bewertung der Tätigkeit der Moskauer Organisation muß man gerade von diesen Grundsätzen ausgehen. Die Moskauer Organisation entspricht nicht ganz den bezeichneten Anforderungen. Dabei verlangt die ungeheure Partei- und Rätearbeit in Moskau die peinlichste Ausführung alles dessen, was die Gegenwart erfordert. Um die Moskauer Organisation auf die erforderliche Höhe zu bringen, ist es notwendig, daß Parteiordnung und Elimmitigkeit streng bewahrt und alle Beschlüsse der Partei und ihrer Organe auf das Genaueste innegehalten werden. Hieraus folgt:

1. In den Mitgliedern der Organisation muß das volle Verständnis für das Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden Parteimitgliedes für jeden seiner Schritte, jede seiner Handlungen, für seine ganze politische Arbeit, geweckt werden.

2. Dieses Verständnis wird erreicht, nicht durch Worte, nicht dadurch, daß man es als altbekanntes Prinzip anerkennt, sondern durch die Tat, gerade dadurch, daß jedes Mitglied der Organisation ihren Organen gegenüber dafür verantwortlich ist, was ihm zur Ausführung übertragen worden ist. Alle Aufträge hat das Parteimitglied zur Ausführung zu übernehmen und nach deren Erledigung über die erfolgte Arbeit Rechenschaft zu geben. Ist es ihm nicht möglich, den Auftrag auszuführen, so hat er hiervon sofort dem Auftraggeber Mitteilung zu machen.

3. Pünktliche Ausführung ist undenkbar ohne Genauigkeit, denn Ungenauigkeit zerstört die Grundlage einer jeden Arbeit. Man darf die Genauigkeit nicht als nebensächlich betrachten. Akkuratesse und, wir fügen hinzu, Pedanterie, Kleinarbeit und Kleinlichkeit im Sachlichen sind erforderlich. Jede Arbeit setzt sich aus Kleinigkeiten zusammen, aus einer Reihe an sich unbedeutender Vorarbeiten. Diese dürfen nicht geringschätzig behandelt werden; wer das tut, geht überhaupt jeder Arbeit aus dem Wege.

4. Pünktlichkeit setzt Schnelligkeit voraus. Jede Verschleppung einer Arbeit wird ihr zum Verderben, um so mehr in einer revolutionären Epoche. Schnelligkeit darf nicht mit Handlungen von der unüberlegter Plötzlichkeit, Verzögerung nicht mit ruhig abwägender Entscheidung verwechselt werden. Letztere grenzt an Nüchternheit. Schnelligkeit ist jedoch mit Nüchternheit verbunden und hat mit der erwähnten Plötzlichkeit nichts gemein. Bei lebendiger und rascher Arbeit bekundete Nüchternheit und Ueberlegung gewährleisten Pünktlichkeit. Ferner: Kein Aufschieben der Arbeit und sich nicht „auf gut Glück" verlassen! Nicht vergessen, daß, wenn einem ein Auftrag erteilt worden ist, er wichtig und notwendig ist und daß der Auftrag unverzüglich ohne einen Augenblick zu verlieren, erledigt werden muß.

5. Genauigkeit und Schnelligkeit machen sich stets geltend. Eine ständige Kontrolle der Pünktlichkeit in der Ausführung ist daher immer gegeben. Kontrolle und kritisches Verhalten ist daher in erster Linie bei Ausübung der Parteipflicht sich selbst gegenüber am Platze. Richtigkeit der Ausführung wird durch die Pflicht zur Rechenschaftsberichterstattung gewährleistet. Ohne diese ist Pünktlichkeit in der Ausführung nicht möglich.

6. Endlich muß der größte Wert auf Vorhandensein eines innigen Konnexes gelegt werden, einer Verbindung aller Parteiorgane mit einander, einer Verbindung aller Mitglieder der Partei mit den Parteiorganen, einer Verbindung nach beiden Richtungen, der horizontalen und der vertikalen. Eine innige Verbindung und erschöpfende Information ermöglichen es in vollem Maße, daß die Parteiorgane bei allen ihren Arbeiten genau unterrichtet sind. Ohne Unterrichtetsein keine Orientierung und ohne eine solche keine geregelte Tätigkeit.

Dies alles zusammen bildet den konkreten Gehalt der Verantwortlichkeit und füllt die Arbeiten eines jeden Parteimitgliedes und, letzten Endes, der ganzen Parteiorganisation aus. Indem die Mitglieder unserer Organisation ihre Pflicht tun, bilden sie die festen Glieder, aus denen sich die eiserne Kette einer machtvollen Kommunistischen Partei ergibt.

Zu unermüdlicher Arbeit an der Festigung und Verstärkung dieser Kette ruft die Moskauer Organisation der russischen Kommunistischen Partei ihre Mitglieder auf.

Moskau, 7. März 1920.

Moskauer Komitee der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)

Vom Tage

Vier Matrosen ertrunken. Ein Segelboot, das vor dem Schneesturm längs der Küste des thyrrenischen Meeres Schutz suchte und nicht landen konnte, mußte von seiner aus sieben Mann bestehenden Besatzung aufgegeben werden, die sich ins Meer stürzte, um schwimmend das Land zu erreichen. Vier Matrosen ertranken dabei, den drei übrigen gelang es, in total erschöpftem Zustande die Küste zu erreichen.

Aus der Provinz

Einschränkung der Polizeistunde — Verbot der Tanzlustbarkeiten

Amtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Angesichts der neuerlichen Gewaltmaßnahmen der Gegner wird auf Grund des § 6 Absatz 5 der Verordnung vom 31. Oktober 1921 über Tanzlustbarkeiten bis auf weiteres die Veranstaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten verboten. Damit sind nicht nur öffentliche, sondern, zufolge Art. 35 des Strafgesetzbuches, auch geschlossene Tanzlustbarkeiten jeder Art untersagt. Uebertretungen unterliegen dem Polizeistrafgesetzbuch unter Artikel 32 und 35 angeführten Geld- und Freiheitsstrafen.

Im Erlasse des Preußischen Innenministers über die Einschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten und des Alkoholausschankes wird verfügt, daß in allen Provinzen umgehend Polizeiverordnungen erlassen werden, die geeignet erscheinen, die infolge der Vergnügungs- und Genußsucht hervorgetretenen Uebelstände zu bekämpfen. Die Polizeistunde für Gast- und Schankwirtschaften, Theater usw. ist bis äußerstens 11 Uhr einzuschränken. Der Ausschank alkoholischer Getränke an Jugendliche unter 18 Jahren ist zu untersagen. Oeffentliche und private Tanzlustbarkeiten in Gast- und Schankwirtschaften und mit solchen in Verbindung stehenden Räumen sind zu verbieten. Ausnahmen sind auf besondere Fälle zu beschränken.

Verschärfte Krise auf dem Arbeitsmarkt

Das Landesarbeitsamt berichtet: Aus dem weiteren Nachlassen des Auslandsabsatzes, Stocken des Inlandsabsatzes und dem Rückgange der Aufträge in Verbindung mit der Jahreszeit erklärt sich die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in Sachsen-Anhalt im Dezember. Sie tritt im allgemeinen am deutlichsten bei den ungelernten Arbeitern in Erscheinung. Stellenweise fanden besonders junge Knechte, Mägde und tüchtige Burschen, die mit Landarbeiten vertraut sind, Häuer und vollständig geübte Förderleute sowie ältere Spezialarbeiter für die Metallindustrie in der angeforderten Zahl nicht zur Verfügung. Die Zahl der gemeldeten Streiks ist sehr gering. An vollunterstützten Erwerbslosen waren Ende des Berichtsmonat vorhanden 3017, gegenüber 919 Ende November. Es entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 1475 (315), Merseburg 442 (161), Erfurt 894 (388) und den Freistaat Anhalt 206 (55).

Keine Ruhrkohle mehr für das Leunawerk

Meldungen aus Essen zufolge sind bereits am Donnerstag auf der Strecke Langendreer zwei Kohlenzüge mit etwa 120 Wagen Kohlen, die für die Leunawerke und für die Mansfelder Werke bestimmt waren, von den Franzosen angehalten und beschlagnahmt worden. Sollte dieser Zustand einige Zeit andauern, so ist damit zu rechnen, daß im Leunawerk und auf den Mansfelder Werken Betriebseinschränkungen eintreten. Die Arbeiter sind also letzten Endes die Geladmeierten.

Zum Bezirksparteitag für Halle-Merseburg

Heute und morgen versammeln sich in Halle die delegierten Genossen aus dem Bezirk, um Stellung zu nehmen zu den wichtigen Aufgaben der Partei. Der diesmalige Bezirksparteitag findet in einer Zeit statt, die außerordentlich ernst ist; der Vorstoß Poincarés und seiner Trabanten hat eine gesteigerte Offensive des internationalen Kapitals gegen das Proletariat eingeleitet. Dieses Moment wird mit im Vordergrund der Beratungen stehen müssen; alle Möglichkeiten zur Abwehr des kapitalistischen Vorstoßes müssen erwogen werden im Interesse des Proletariats. Schon greift Stinnes nach der Eisenbahn; Demonstrationen werden veranstaltet, um nationalistische Stimmung zu erzeugen. Der Geist von 1914 soll entfacht werden. Cuno geht mit den Kapitalisten Arm in Arm zur Durchführung seines Programms; die Regierung Cuno zeigt sich immer mehr als Schrittmacher der Stinnesregierung. Die Reaktionäre aller Schattierungen treten immer dreister auf, weil sie wissen, daß sie in der Regierung Cuno eine Stütze haben. Die Frage nach Schaffung einer Arbeiterregierung muß deshalb mehr als bisher erörtert werden. Daneben gibt es noch andere Fragen, die mit diesen Dingen im Zusammenhang stehen und die ebenfalls ventiliert werden müssen. Darunter fällt auch die Haltung der VSPD. zur Regierung Cuno, aus der die Arbeiterschaft die notwendigen Schlüsse ziehen muß. In Aufrufen der Zentrale und der Komintern, die wir in den letzten Tagen veröffentlicht haben, ist gebührend auf die jetzige ernste Zeit hingewiesen worden. Aufgabe des Bezirksparteitages ist es, das Notwendige im Bezirk dazu zu veranlassen.

Der Bericht vom 4. Weltkongreß der KJ. dürfte ebenfalls recht interessant sein. Er wird die Gefahren aufzeigen, die der gesamten Arbeiterklasse in allen Ländern drohen durch die Folgeerscheinungen der Politik der Bourgeoisie mitsamt ihrer Helfershelfer, der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Nicht minder lehrreich ist das Thema über die wirtschaftlichen Kämpfe und die Arbeit in den Gewerkschaften. Diese Frage ist sogar eine der wichtigsten; ihr muß die allergrößte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Politik der menschewistischen Gewerkschaftsführer bringt den gewerkschaftlichen Organisationen schwere Gefahren. Viele Arbeiter werden gleichgültig, da sie von den Organisationen bei solcher Führung nichts mehr erhoffen. Unsere kommunistischen Fraktionen haben schwer zu kämpfen, die Arbeiter bei der Stange zu halten; auf der anderen Seite führen sie erbitterten Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie und werden dafür zum Teil aus den Organisationen ausgeschlossen. Nichtsdestoweniger muß der Kampf fortgesetzt werden, energischer noch als bisher. Die Praxis hat gezeigt, daß unsere Taktik richtig ist. Ueberall haben wir Erfolge zu verzeichnen; der reformistische Einfluß wird immer mehr zurückgedrängt. Das tritt insbesondere in unserem Bezirk in Erscheinung; immer mehr Kartelle und Ortsverwaltungen gewerkschaftlicher Organisationen haben kommunistische Führung erhalten. Wir verweisen insbesondere auf die letzten Tagungen der Metallarbeiter in Merseburg, Eilenburg, Bitterfeld und Torgau. Aber auch in anderen Verbänden geht es gut vorwärts. Die Empörung über den fortgesetzten Verrat der Gewerkschaftsbureaukratie ist in den Reihen der Arbeiterschaft sehr groß. Diese Mißstimmung kann nur durch erhöhtes aktives Handeln der Gewerkschaften beseitigt werden. Daher muß unser Einfluß gestärkt werden, daher müssen die Organisationen zu wirklichen Instrumenten des Klassenkampfes umgeformt werden. Die Partei hat die Pflicht, alles zu tun, was in dieser Richtung liegt; sie muß durch erhöhte Aktivität den mißgestimmten, durch die Offensive des Kapitals niedergedrückten Massen den Glauben an ihre eigene Stärke und Kampfkraft wieder zurückgeben. Dies kann geschehen durch eine klare zielbewußte Politik.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindewahlen ist auch der Kommunalpolitik erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Partei hat deshalb im Bezirk schon wiederholt Konferenzen einberufen, um die Genossen auf die Wahlkämpfe vorzubereiten. Der Reichsparteitag muß uns ein endgültiges Kommunalprogramm geben, damit völlige Klarheit geschaffen wird. Daß die Partei ihre Schlagkraft nicht verloren hat, bewiesen die letzten Wahlen in Sangerhausen, Wittenberg usw. Obwohl wir mit dem Ausgang dieser Wahlen zufrieden sein können, kann trotzdem noch manches in dieser Hinsicht getan werden. Gerade hier zeigt es sich, was durch rege Aktivität der Parteigenossen geleistet werden kann. Mandatsschacher liegt uns völlig fern; wir müssen aber mehr als bisher in die Gemeindevertretungen usw. eindringen, weil auch dort bei zielbewußter Arbeit gut für das Proletariat gewirkt werden kann.

Schließlich muß der Bezirksparteitag auch die organisatorische Frage besprechen und Stellung zum Reichsparteitag nehmen. Organisatorisch wird gezeigt werden können, daß die Partei dort, wo intensiv gearbeitet worden ist, an Mitgliedern zugenommen hat. So wie in diesen Orten muß künftig überall gearbeitet werden. Die Parteileitungen haben hier ein gutes Betätigungsfeld.

Die Genossen ziehen hieraus, daß der Bezirksparteitag ein gutes Stück Arbeit zu bewältigen hat. Mögen die Beratungen den Erfolg haben, daß die Parteibewegung im Bezirk wieder einen Schritt vorwärts geht und daß der kommunistische Gedanke sich immer mehr ausbreitet. Dann hat der Bezirksparteitag seinen Zweck erfüllt.

Aus dem Weißenfelser Stadtparlament

Die Sozialdemokraten gegen ein Linkspräsidium — Kommunistischer Antrag auf Lieferung der vollen Brotration

Am Mittwoch fand in Weißenfels eine interessante Stadtverordnetensitzung statt, über die uns u. a. berichtet wird:

Auf Veranlassung des städtischen Lebensmittelamtes, dem der Sozialdemokrat Kalofleisch vorsteht, ist der Weißenfelser Bevölkerung die Brotration um die Hälfte gekürzt. Durch die auf einen längeren Zeitabschnitt ausgegebenen Brotmarken ist so viel Mehl von seiten der besitzenden Gesellschaft gehamstert worden, daß jetzt ein Mangel an Brotmehl entstand. Die kommunistische Fraktion hatte deshalb in der Mittwoch-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag unterbreitet:

Wir beantragen zur Kürzung der Brotration:

1. **Im voraus Aufhebung der Kürzung für alle diejenigen, die**
   a) **Einkommensteuer nicht bezahlen,**
   b) **von der Wohnungsbaugabe befreit sind,**
   c) **alle Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und Arbeitslosen.**
2. **Umgehende Aufhebung der Kürzungsmaßnahmen überhaupt und Nachlieferung des abgezogenen Quantums binnen kürzester Frist.**
3. **Aufhebung der verschlechterten Kürzung und Auslieferung der vollen Ration von 1800 Gramm, und zwar sofort.**
4. **Umlage des Defizits an Geld auf die Schultern der Bestehenden, zum mindesten derjenigen der Gewerbesteuerklasse 1 und 2.**
5. **Sofortige Einziehung der Brotmarken von allen denen, die Einnahmen aus Handels-, Gewerbe- oder Industriekapital besitzen.**
6. **Wir beauftragen den bestehenden Kontrollausschuß, mit aller Energie beim Lebensmittelamt festzustellen, wo Mehlschiebungen vorgekommen sind.**
7. **Um die Wiederholung von Durchstechereien in Zukunft unmöglich zu machen, fordern wir den Ausbau der Gemeinwirtschaft. Für die wichtigsten Bedarfsgegenstände muß eine Kommunalisierung stattfinden, wobei die Organisationen der proletarischen Konsumenten — die Konsumvereine — weitestgehend heranzuziehen sind.**

Die Fraktion der KPD.

Bei der Wahl des Präsidiums gab Genosse Gieseler im Namen der kommunistischen Fraktion folgende Erklärung ab: **Infolge der angeblichen Linksmehrheit ist unsere Fraktion an die VSPD. herangetreten, um ein Linkspräsidium zu bilden. Die VSPD. hat dies abgelehnt.** Aus diesem Grunde enthält sich die kommunistische Fraktion bei der Wahl der Stimme.

Mit Hilfe der Sozialdemokraten wurde sodann ein bürgerlich-sozialdemokratisches Bureau gewählt.

Bei der Erhöhung des Strompreises lautet die Magistratsvorlage: 10 Prozent, 20 Prozent und 33⅓ Prozent Rabatt für Großabnehmer zu gewähren. Genosse Gieseler erklärt im Namen der Kommunistischen Partei, daß dieselbe die Rabatte für die Großabnehmer ablehne, um denselben nicht größere Gewinne in den Schoß zu werfen. Etwas anderes mit dem Lichtstrompreis. Diesem stimme die kommunistische Fraktion zu. Sie gibt aber dem Magistrat den Auftrag, bei jeder Steigerung die Preise gestaffelt festzusetzen, damit der arme Mann für seine kleine Lampe nicht noch mehr bezahlt, wie der Reiche für seinen prachtvollen Kronleuchter.

Der Lichtstrompreis in Höhe von 350 Mk. pro Kilowatt wird einstimmig angenommen. Die Magistratsvorlage über Erhöhung des Kraftstrompreises wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Der Antrag des Genossen Gieseler, die Selbststromerzeuger sollen bei Abnahme von Strom vom Elektrizitätswerk 100 Prozent mehr bezahlen, wird angenommen.

Genosse Winter verlas einen **Antrag des Arbeitslosenrates**, in dem derselbe ersucht, infolge der steigenden Not und die Vermehrung den Arbeitslosen eine Vertretung im Stadtparlament zu gewähren.

Ein Teil der MSPD. stimmte mit den Bürgerlichen den Antrag nieder. (Große Bewegung auf dem „Pflaumendach".)

Auf Antrag des Genossen Kubitski werden 5 Millionen für Notstandsarbeiten Erwerbsloser bewilligt.

Dem Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion, die volle Brotration zu erstatten, begründete Genosse Gieseler. Infolge der furchtbaren Notlage kann man der Arbeiterschaft nicht noch zumuten auf das bißchen Brot zu verzichten. Die Kosten müsse die besitzende Klasse tragen.

Der Antrag wurde angenommen: schweren Herzens hatte auch die MSPD. zugestimmt, um nicht vollends das letzte bißchen Kredit bei den Arbeitern zu verlieren.

Neuregelung der Straßenwärterlöhne in Mitteldeutschland

In den Verhandlungen des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes mit den beteiligten Gewerkschaften über eine Neuregelung der Straßenwärterlöhne in Mitteldeutschland wurden am 15. Januar für die Straßenwärter der Staats-, Provinzial- und Kreisstraßenverwaltungen der Freistaaten Anhalt und Braunschweig und der Provinz Sachsen ab 1. Januar nachstehende Stundenlöhne festgesetzt: Ortsklasse 1: 255 Mk., 2: 245 Mk., 3: 235 Mk. Zu vorstehenden Löhnen tritt ein Haushaltsgeld und eine Kinderbeihilfe von je 6 Mk. je Stunde. Durch die obigen Löhne haben die Straßenwärter für Januar eine Lohnerhöhung von 68 Prozent erhalten. Durch Zustimmung beider Parteien sind die vorstehenden Löhne für Januar verbindlich.

Immer wieder Schwindler

Obwohl die Bezirksleitung bereits im „Klassenkampf" vor einem Schwindler gewarnt hat, der angibt, aus der Lichtenburg entflohen zu sein, einen Beinschuß zu haben und der in seiner Anstaltskleidung Eindruck schindet, fallen immer noch Genossen darauf hinein. Dieser Schwindler, der hellblondes, kurzgeschorenes Haar, 24 Jahre alt und ungefähr 1,65 Meter groß ist, nennt sich Emil Braun oder Schwenke. Er ist erst in Zeitz, dann in Mücheln, jetzt wieder in Erdeborn aufgetreten. Als Ziel seiner Reise gab er einmal Corbetha, einmal Nordhausen, jetzt Eisleben an. Er ist aber niemals an diesem Ziel angetroffen.

Wir ersuchen unsere Genosse, auf alle Fälle diesem Schwindler die Tür zu weisen und ihm nicht die geringste Unterstützung zu geben. Falls sich doch noch Genossen von ihrer Gutmütigkeit übertrumpeln lassen, werden wir disziplinarisch gegen sie vorgehen und sie von ihren Aemtern in der Partei entfernen.

Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Greppin. Parteiversammlung. Montag, den 22. Januar, abends 7½ Uhr, findet im Schmidtschen Lokale eine Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

Torgau. Kommunistische Mehrheit bei den Metallarbeitern. In der am 15. Januar stattgefundenen Generalversammlung der Metallarbeiter fand auch die Neuwahl der Ortsverwaltung statt. Dabei wurden sämtliche Posten von Kommunisten besetzt; das gleiche gilt von den Karteldelegierten. Zwei Vertreter des VSPD., die mit auf der Liste standen, hatten zu wenig Stimmen erhalten. So zeigt sich ein Erfolg nach dem andern der die kommunistische Fahne.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230120-14/fragment/page=0003

Mit dem 31. Januar läuft die Spende ab

K.P.D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1475. — Postscheckkonto Leipzig 197 361. Leitung: Sammig, Geschäftssekretär. Geschäftsstelle täglich 5 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.
Die kommunistischen Mitglieder der Fabrikarbeiter-Verbandes treffen sich Sonntag vormittag 8 Uhr im „Volkspark" (Neuschmerlau). Parteibuch ist vorzuzeigen.

Halle-Saalkreis.
Brachwitz. Sonntag, 21. Januar, nachmittags 3½ Uhr, im Gasthof: **Mitglieder-Versammlung.**
Schkeuditz. Sonntag, 21. Jan., nachmittags 2 Uhr, im Gasthof Dotenberg: **Generalversammlung.**
Dieskau. Sonntag, 21. Jan., nachm. 3 Uhr, im Gasthof Fränzel: **Mitgl.-Versammlung.**

Mansfelder Seekreis.
Eisleben. Dienstag, den 23. Januar, abds. 8 Uhr, im „Volkshaus": **Wichtige Funktionärsitzung.**
Helfta. Sonntag, 21. Jan., abds. 7 Uhr, im Lokal von Trebstein: **Generalversammlung.** Zwecks Bücherkontrolle sind alle Mitgliedsbücher vorzuzeigen.

Kreis Merseburg.
Fischer-Benna. Sonntag, 21. Jan., abds. 7 Uhr, im Gasth. Jäschke: **Lieb-Knecht-Feier.** Referent: Gen. Schodel, Merseburg.
Kirchen-Schladebach. Sonntag, den 21. Jan., nachm. 3 Uhr, im Gasthof Polze in Mitzschersdorf: **Generalversammlung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen, und hierzu **Drucksachen** benötigen sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Persil bleibt Persil
in alter bewährter Güte!
Ohne Chlor! Wäsche bleicht und desinfiziert. **geeignet für alle Arten von Wäsche.** Niemals lose! Nur in Originalpackung!
Alleinige Hersteller: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,** auch der allbewährten „HENKO" (Henkels Wasch- und Bleich-Soda).

Um zu räumen, verkaufen wir noch **billig mehrere Restposten**
Herren-Ulster u. Raglans. 173
Berliner Bekleidungs-Industrie,
Fabrikniederlage: Halle, Alter Markt 3.

!! Zu Rekordpreisen !!
kaufen
Hasen-, Ziegen-,
sowie alle anderen Sorten **Felle**
P. Sitte & Co.,
Halle a. d. S., 241
Mittelwache 13 u. Glauchaer Str. 4
— Telephon 547 —.

Sehr reell, zurzeit reell!
Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte sowie sämtl. Gegenstände in Edelmetall kauft 184
Hugo Lahl, Gr. Ulrichstraße 51.
Einz.: G.-L.-Schmiedeln, Hochstraße.

Alle Sorten
Häute, Felle Wolle usw.
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz. 12

Schokoladen
Zuckerwaren usw. 7
kaufen Wiederverkäufer a. billigsten b.
Bachran & Co.,
Marktstraße 6, gegenüber Barg.

Stadt-Theater
Sonntagabd. 7½ U. **Der Wildschütz**
Montagabd. 7½ U. **Kater Lampe.**

Thalia-Theater.
35 Sonntag, abends 7½ Uhr **Die drei Zwillinge**

Am Riebeckplatz.
Morgen Sonntag 10½ Uhr vorm.: **Gr. Matinee-Vorstellung: „Monna Vanna"**
Bühne **Ilse und Erika Werner.**
Prima Ballerinen. Kleine Preise. „Monna Vanna" geblieben einzig Donnerst., 25. Januar, auf dem Spielplan

---

Asthma
kann, ist oft in 15 Wochen **geheilt** werden. Sprechstd. bes. nach meinem Verfahren ärztl. gebild. Arzt in **Halle** (S.), Magdeburger Str. 90, 2 Tr. **jeden Sonnabend** von 10-1 Uhr. *14
Dr. med. Alberts.
Spezialarzt für Asthmaleiden.

Wittenberg.
Die Markenentwertung
treibt alle Warenpreise in die Höhe. Wollen Sie noch preiswert kaufen, dann decken Sie 79 Ihren Frühjahrsbedarf in
Firnis, Lacke und Farben
jetzt, besser heute als morgen bei mir ein
Farben-Thiele.

FELLE!
Wir zahlen immer noch die höchsten Preise für sämtliche Felle: 239
Ziegen, Hasen, Kanin, Iltis, Maulwurf usw.
MEIER, Brüderstraße 7, Eing. Kl. Steinstraße.

Bringen Sie Ihr
Gold-
Silber-, Platin-Bruch nach 228
Königstr. 5
direkt am Leipziger Turm.
P. Fügemann jr.,
Laden-Fernruf 31.2.
Luxussteuer trage ich!

Beste Uhren nur 6000 Mark. (*.3
Herrenanfuhr, echt Goldrand m. Schwanenhalsgarnitur, prima Bügel, 32stünd. Werk, genau gehend, nur 6000 M. Damenanfuhr, echt Gold rand, m. Schwanenhalsgarnitur, 32stünd. Werk, nur 7000 M. Weckeruhr, 1a. Messingwerk, nur 5000 M. Rasierapparat in vernickelt Etui 1400 M. Panzerkette, vernickelt, 200 M. Versand gegen Nachnahme, 1 Jahr Garantie. Aus allen Kreisen wird mir die Güte und Preiswürdigkeit meiner Waren bestätigt. **Fritz Heinecke, Braunschweig,** Gelbstr. 3.

Kaufe laufend
zu grundreellen Preisen:
Kupfer, Rotguß, Messing, Zinn, Blei, Zink, Stanniol, Aluminium, Eisen, Lumpen, Knochen, Papier, Felle, Flaschen, Konserven- und Corned-beef-Büchsen, alte Weißblechkarten und Fässer.
Bei Metallen Ausweis unerläßlich.
R. Gottschalk,
Königstraße 17.
242 Telephon 6301.
Bitte, auf die Hausnummer zu achten.

Gold-, Silber-Bruch
kauft zum Börsenpreise
Theo Dettmeyer,
Gelbstr. 15, im Hause der Adler-Apotheke. (Eing.: Breite Str. (Laden) 227

Vorm. Geh. Med.-Rat. Dr. Schroeders Heilinstitut 19
f. Geschlechtsleiden, spez. Schwäche
Haut- und Beinleiden: künstl. Höhensonne, Blutuntersuchung
Halle, Gr. Ulrichstr. 54, I. t. Tel. 6497.
Sprechz.: Täglich 10-1, 4½-7, auß. Mittw. u. Sonnab. Sonntags 10-1. Getrennte Wartezimmer.

Felle
Wolle u. Häute kauft zu reellen Tagespreisen
Vogels Einkaufszentrale,
Landwehrstraße 20. 15

Frauenhaar
auch in den kleinst. Mengen kaufen und zahlen bis **3000 Mk.** per Kilo 118
W. Zaake & Co., Haarverwertung
Halle a. d. S., Breitener Str. 38, Tel. 1317
Aufkäufer in jedem Ort gesucht!

Geschäftseröffnung.
Der ziehenden Arbeiterschaft zur gefälligen Kenntnis, daß ich am 22. Januar **Reilstraße Nr. 62** ein
Kolonialwarengeschäft
neu eröffne, und bitte um gefällig. Zuspruch. Hochachtungsvoll 234
Otto Maak.

Geschlechtsleidende!
Heilung ohne Quecksilber, ohne giftige Einspritzung, ohne Berufsstör.; ausführl. Broschüre m. taus. freiwill. Dankschreib. über 1) Harnröhrenleiden (Ausfluß), 2) Syphilis, 3) Mannesschwäche, 4) Weißfluß, kostenlos in verschloss. Briefumschlag ohne Aufdruck, gegen Einsendung von Mk. 50,— für Porto etc.
Leiden genau angeben
Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H.,
Berlin 53, Lietzmannstr. 22. *15

Ziegen, Kanin, Hunde
verard. zu fuchsförmigen Kragen, prima weiche Gerbung u. prima Pelzarbeit.
Solkriun, Böhlberger Weg 7.

Ein Posten (solange der Vorrat reicht, äußerst preiswert!) 185
Knaben-Ulster (3—7 Jahre)
Ein Posten gelr. Winter-Mäntel
(Schwerstoffe u. Damen)
Herren-Anzüge, neu u. gelr. usw.
Hirsch, Brüderstr. 3.

Maulwürfe, Marder Iltisse, Füchse
sowie alle anderen Sorten Felle und Wolle kaufen zu Höchstpreisen 35
Gebr. Danglowitz, Fischerplatz 2.

Aufklär. **Broschür. Geschlechts-**leiden, ihre Erkennung u. Heilung ohne zu spritzen, **Timme Kräuterkuren,** ihre Wirkung ohne Salvarsan u. Quecksilber, ohne Berufsstör. (b. Probe bestat.), m. d. Dankschr. versand gegen Voreinl. M. 1.25,— **Dr. T. P. Rauetzer,** med. Verlag, **Hannover,** Odeonstraße 3

Hausfrauen,
kauft nur bei unseren Inserenten

Arbeitsmarkt

Zeitungsträger (in)
für **Alsleben** zum 1. Februar gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden bei
Willi Otto, Alsleben, Friedhofstraße

Austräger (in)
für **Merkewitz b. Wallwitz** zum 1. Februar gesucht.
Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden beim Genossen
Emil Bahn, Merkewitz b. Wallwitz

Austräger (in)
für **Klepzig** zum 1. Februar **gesucht.** F
Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden beim Genossen
Martin Nett, Klepzig

Zeitungsverkäufer
für **„Das Wort"** sofort gesucht. Zu melden im Verlage, Lerchenfeldstraße 14.

Modenzeitungen.
Alle 14 Tage erscheinen:
Bobachs Frauen- und Modenzeitung
Praktische Damen- und Kindermode Heft 135 Mk.
Modezeitung fürs deutsche Haus Heft 135 Mk.
Schnittbogen zu obigen ertra Stück 40 Mk.
Deutsche Modenzeitung, mit Schnitt Heft 100 Mk.
Alle Monate erscheinen:
Modenschau Heft 120 Mk.
Mode und Wäsche, mit Schnitt Heft 220 Mk.
Kindergarderobe, mit Schnitt Heft 175 Mk.
Wäsche u. Handarbeitszeitung, m. Schnitt Heft 150 Mk.
Vierteljährlich 6mal erscheinen:
Der Bazar, m. Schnitt Heft 55,00 Mk.
Eleg. Mode, m. Schnitt Heft 50,00 Mk.
Außer obigen Modenzeitungen liefert auch alle anderen gewünschten Moden auf Wunsch frei Haus durch Zeitungsausträger die
Bezirks-Zentralbuchhandlg.
Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14.

FREBAR
jetzt nur 50 Pfg. preiswert, sicht. Originalmarke für Frauen gegen Störungen der Menstruation, nervöse Konstitution und Blutarmut. Vorsicht bei fortgesetzten Mitteln Achte auf Schutzmarke. Jedes Paket garantiert die Echtheit. Tropfen, Pulver, Tee, wahrscheinlich Wollkommen unschädlich. Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Sanitätsgeschäft. Lager bei den bekannt. Grossisten und Generalvertrieb
PHARMACOPIA
Berlin C. 19, Waisstr. 26/56 *16

Grammophonplatten,
für 5 Mk. **1 neue** u. Bruch 1 höchst. Preis kauft **H. Müller,**
Gr. Märkertr. 3, Leipziger Str. 16.

Filz- u. Holzpantoffeln.
großes Lager! Billige Preise!
Max Fricke
Trotha, Str. 69
Fernsprecher 3385

---

2 Nähmaschinen m. M., 2 Federbetten, Nähmaschine (langsch.), sportkinderwagen zu verkaufen
Brotemann,
Unterberg 9, III.

Gummi-
waren-Bedarf, Liste Nr. 9 einfordern
R. Kertzscher
Leipziger Str. (Ecke Poststr.) 17

---

1 Jahr Garantie
leihe ich für jede Reparatur
„Elite", 22
Reparatur-Werkstatt
Großes Lager an Uhren aller Art
Adolf Wehlert,
Halle Steinweg 20

Ruhland
jetzt
Herren-Stoffe
Damen-Stoffe
Kostüm-Stoffe
Kleider-Stoffe
Futter-Stoffe
Poststraße 3.
229 Telephon 6677.

Viel Geld!

ersparen Sie an Schuh, wenn Sie
Nigrin
gebrauchen. *21

Guterh. getragene Herren-Garderoben, Schuhwerk, Wäsche, Uhren, Zeug aller Art kauft z. hoch. Preisen
Hofmann,
Leipziger Str. 27, am Turm Tel. 1358

Von Montag 9 Uhr an stehen wird. prima u. u. gr.
hannoversche Läuferschweine
preisw. z. Verkauf.
Gebr. Kohlberg,
Halle a. d. S.,
Gasthof Gold Rose,
Mansfeldstraße 19
Telephon 6842.

Platin, Gold-, Silberbruch u. Brillanten
kauft zu höchsten Preisen 36
Rich. Boß,
Juwelier,
Leipziger Str. 1

Spelze immer, Schlafzimmer, Küch n, Einzelmöbel
aller Art, neu und gebraucht, in großer Auswahl, verkauft noch billig
Otto Thormann,
Brüderstraße 14.

KPD.
Taschen-Kalender 1923
ist soeben erschienen.
Jeder Parteigenosse muß Käufer sein.
Produktiv-Genossenschaft, für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.
Abteilung: Bez.-Zentralbuchhandl.
Halle a. d. S.
Lerchenfeldstraße 14.

Chaiselongues
preiswert 238
zu verkaufen
Kurt Hoffmann,
Lauchaer Str. 37

Waschmaschinen
repariert und setzt neue Walzen ein. Otto Sparmann, neben Wallhalla. Tel. 650.

Braunpaar nicht gebrauchte Wäsche z. Lau. Off. Kl. 165 an d. Exp. d. Bl.

Von heute an steht ein Transport
Bremer Läuferschweine
zum Verkauf. 233
H. Richter,
Trothaer Straße Nr. 80.
Telephon 3752 Telephon 3752

Eisleben.
Bekanntmachung.
Bis zu 10 000 Mk Belohnung zahlt die Gemeinde Helfta denjenigen Personen, die die Baumfrevler und Fahrdiebe so namhaft machen, daß sie gerichtlich belangt werden können.
Helfta, den 17. Januar 1923.
68 **Der Gemeinde-vorsteher.**

Geschäftsstelle und Redaktion „Klassenkampf"
für Wittenberg-Schweinitz und Lorgau-Liebenwerda.
Wittenberg,
Fürstenstraße 11
Telephon 329.

Kassenärztl. Sonntagsdienst
Dr. Wachs, Dr. Schwabe, Dr. Busse 77
Dr. Baul schmidt.
Löwen-Apotheke.

Zweite ordentliche Sitzung der Stadtverordneten.
Dienstag, 23. Januar, abds. 7½ Uhr.
Tagesordnung:
1. Auffüllung der Wahllisten für die unbesoldeten Magistratsmitglieder.
2. Kenntnisnahmen.
3. Aufstellung von Warnungstafeln für den Automobilistoverkehr.
4. Bewilligung von 9000 000 Mk. zum Anlauf von Kohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Naumann 78

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230120-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle den 20. Januar 1923.

Die Faszisten provozieren weiter

Die Reaktionäre aller Schattierungen entfalten eine fieberhafte Tätigkeit. Die Zeit des offenen Kampfes ist für sie gekommen, nachdem die monarchistischen Organisationen Abend für Abend in ihren Zusammenkünften ihren genauen Plan festgelegt haben. Der von der Ebert-Cuno-Regierung, hinter die sich alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten gestellt haben, befohlene Protestrummel hat die Deutschvölkischen, die Faszisten und Hitlerbanden volle Handlungsfreiheit gegeben. Und was ihnen am 6. Januar durch schwielige Proletenfäuste am Marktplatz unmöglich gemacht wurde, das holen sie jetzt nach.

Der von uns gestern bereits mitgeteilten nächtlichen Provokation, der unsere hochwohllöbliche Polizei vollständig tatenlos zusah, folgte in der gestrigen Nacht eine neue. Ungefähr 40 Mann von den von Hauptmann Werner „politisierten Frontsoldaten" zogen mit einer Ehrhardt-Flagge, Hohn- und Spottlieder auf die „Judenrepublik" singend, durch die Straßen. Am Wilhelm-Denkmal erreichte diese Provokation nach einer „kernigen-treudeutschen" Ansprache ihren Höhepunkt. Dann zog der Haufen nach der Rathausstraße 9, wo die Ehrhardt- und Stahlhelm-Flagge hineingetragen wurde.

Ein Schupo der berittenen Abteilung, außer Dienst, aber in Uniform, begleitete diesen Zug. Als er von einigen Arbeitern auf dieses verbotene, republikfeindliche Treiben aufmerksam gemacht wurde, rief er dem krakeelenden Zuge zu: Kameraden, nicht so laut. Der Führer dieser Bande gab noch im militärischen Tone den Befehl: **Sonnabend 8.30 Uhr am bekannten Ort.**

Die Zustände in Halle spotten aller Beschreibung. Obgleich Halle zwei sozialdemokratische Polizei-Oberhäupter hat, dürfen die mordlüsternen Banden unter dem direkten Schutze der Polizei ihr republikfeindliches Treiben offen und ungestört entfalten. Die Polizei hat bewiesen, daß sie nicht imstande ist, dem offenen Treiben der Monarchisten entgegenzutreten. Was die Polizei nicht kann, das kann die Arbeiterschaft. Wenn die beiden sozialdemokratischen Polizei-Oberhäupter sich zu ohnmächtig fühlen, dann muß die Arbeiterschaft diesem Gesindel entgegentreten. Für heute abend sind neue Provokationen der Nationalisten und Frontsoldaten angekündigt. Duldet die Polizei wieder diese Provokationen, dann wird die Arbeiterschaft gegenüber diesem Mob zur Selbsthilfe schreiten und die Funktionen der Polizei ausüben, die diese auszuüben nicht imstande ist.

Arbeitslosenforderungen und Magistrat

Die Lage der Arbeitslosen wird von Tag zu Tag trostloser. Ihre Not ist riesengroß. Die Bettelpfennige, die als Unterstützung gewährt werden, reichen kaum, um das trockene Brot zu beschaffen. Dabei wird den meisten Erwerbslosen noch diese Unterstützung entzogen, weil bei ihnen die Voraussetzungen zum Bezuge der Erwerbslosenunterstützung nicht vorhanden sind. Dadurch können auch die amtlichen Zahlen nicht als Grundlage der tatsächlichen Erwerbslosenzahl zugrunde gelegt werden.

Die Arbeitslosigkeit wächst jetzt von Tag zu Tag. Trotzdem wird von der Stadt nichts unternommen, Maßnahmen zu ergreifen, um den arbeitswilligen Proletariern entweder Arbeitsgelegenheit zu verschaffen oder sie so zu unterstützen, daß sie vor größerer Not geschützt sind. Für weniger wichtigere Zwecke sind Millionen und aber Millionen vorhanden.

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde auch über die Not der Arbeitslosen gesprochen. Der Magistrat wurde beauftragt, der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage über die Maßnahmen der Stadt gegen die große Not der Arbeitslosen so schnell wie möglich vorzulegen. Wie der Magistrat diese Angelegenheit zu erledigen gedenkt, darüber gibt die gestrige Magistratssitzung Aufschluß. Die Vertrauensleute der Erwerbslosen hatten sich zu der Magistratssitzung eingefunden und wollten dort ihre Vorschläge unterbreiten. **Die angeblichen Arbeitervertreter von der VSPD., Herr Koch aus dem „Volkspark" und der frühere radikale Reimann, erklärten ihnen jedoch, daß eine Not der Arbeitslosen gar nicht bestände.** Herr Stadtrat Velthuysen wollte erst den Rausschmeißer markieren. Da aber die Arbeitslosen nicht so ohne weiteres das Feld räumten, beruhigte sich auch dieser Herr. Er brachte aber zum Ausdruck, **daß den Forderungen der Erwerbslosen nicht stattgegeben werde.**

So gedenkt der hallische Magistrat der Not der Arbeitslosen zu steuern. Und als Sekundanten treten die Vertreter der VSPD. auf, für die es überhaupt noch keine Not der Erwerbslosen gibt.

Die Arbeitslosen müssen sich zusammenschließen und durch ihren entschlossenen Willen den Magistrat und noch deutlicher die VSPD.-Vertreter zwingen, ihre gerechten Forderungen anzuerkennen. Sie müssen mit ihren noch in den Betrieben stehenden Klassengenossen, die morgen vielleicht schon ihr Schicksal teilen müssen, Fühlung nehmen und diese für ihren Kampf interessieren.

Ein Pfund Margarine 3000 Mark

Kurz vor Schluß geht der Redaktion folgendes Telegramm zu:

Ab sofort billigste Margarine das Pfund 2580 Mk., beschränkte Mengen freigestellt. Margarinefabrik.

Der Preis für die billigste Sorte Transchmiere kostet ab Fabrik 2580 Mk. Dazu die Fracht und der Händlergewinn und andere Unkosten, besonders noch die Umsatzsteuer, das ergibt dann einen Preis von rund 3000 Mk. Die Magarinefabrikanten geben nur beschränkte Mengen ab. Den größeren Teil halten sie noch zurück, sie warten mit der Abgabe so lange, bis der Preis 6000 Mk. beträgt.

Ein Liter Milch 280 Mark

Laut Beschluß des Vereins der Landwirte und Molkereien unter Mitwirkung der Milchkleinhändler beträgt der Milchpreis:

Stallpreis der Vollmilch	213 Mk.
Anfuhr	9 Mk.
Handelsspanne für Molkereien und Kleinhändler	58 Mk.

Hieraus ergibt sich ein Kleinhandelspreis für die Stadt Halle von 280 Mk., der vom Sonntag, dem 21. Januar, bis Sonnabend, den 27. Januar 1923 als beschlossener Preis gilt.

Und so geht es weiter in lustiger Reihenfolge. Milch 280 Mk., Fleisch 1700 bis 2000 Mk., Brot 480 Mk., das Pfund Kohl 60 Mk., Fische 1000 Mk. Was soll denn da der Prolet noch essen? Wir haben es wirklich weit gebracht in den 4 Jahren sozialdemokratisch-bürgerlicher Koalitionsregierung und noch weiter unter der Cuno-Regierung.

* **Ausstellung über Sowjet-Rußland.** Besucht morgen, Sonntag, die Ausstellung über Sowjet-Rußland in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße. Bringt Sympathisierende mit, damit sich diese vom sozialistischen Aufbau Rußlands überzeugen. Die Ausstellung ist von 10 Uhr vormittags an geöffnet.

Erhöhung des Zuckerpreises am 15. Februar. Die Reichsregierung läßt durch die Presse die Nachricht verbreiten, daß sie alle Anträge auf Erhöhung des Zuckerpreises bis zum 15. Februar abgelehnt hat, da durch die Erhöhung des Milchpreises der Zucker als Volksnährmittel erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Die Zuckerproduzenten wollen also an dem allgemeinen Raubzug auf die Taschen des Proletariats ebenfalls nicht beiseite stehen. Nach dem 15. Februar wird der Zuckerpreis also ebenfalls erhöht werden. Die Arbeiter werden also die Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels in ihren Lohnforderungen für Monat Februar ebenfalls mit in Rechnung stellen müssen.

Wo sitzen die Denunzianten?

Eine Anfrage an die „Volksblatt"-Redaktion

In den Spalten des „Volksblatt" quält sich noch immer die Redaktion der Kasparek, Schufterle Garbe und Comp. ab, dem Genossen Schnetter eine Denunziation nachzuweisen. Aber alle Versuche dieser edlen Firma sind gescheitert. Selbst Dölz, der in einer Erklärung als Polizeiverwalter unsere Darstellung bestätigen wollte, hat von seiner Partei den Befehl bekommen zu schweigen, um nicht die schändlichen Verleumdungen seiner Parteigenossen amtlich anzuprangern. Dölz wollte in der anfänglichen Erregung über die Gemeinheit der Schufterle, Kasparek u. Co. der USPD. den Rücken kehren. Er fügte sich aber schließlich dem Diktat seiner Partei.

Gestern untersucht das „Volksblatt" die Frage wo Genosse Schnetter in den Tagen der ersten Verleumdung gewesen sei. Die Heiligen wollen ihn sogar am Montag in Halle gesehen haben. Wir können verraten, daß Genosse Schnetter mit Wissen seiner Partei an einem Orte war, um gewissen verwandtschaftlichen Beziehungen von dem Denkmalsattentat nicht ganz fernstehenden Personen zu prominenten Führern der VSPD. festzustellen. Unser Bild ist nun vollständig und wir knüpfen an eine nebensächliche Bemerkung des „Volksblatt" an.

Im Polizeibericht wurde mitgeteilt, daß am Freitag ein wichtiger Zeuge erschienen sei. Das „Volksblatt" nennt diesen Zeugen „ein Mitglied der Kommunistischen Jugend". Später teilt das „Volksblatt" mit, daß dieses Mitglied der Kommunistischen Jugend den Namen des Emil Werner angegeben hätte. Dieses „Mitglied" **wäre also der Denunziant!**

Warum aber verschweigt das „Volksblatt", daß dieses „Mitglied" der Kommunistischen Jugend" Röcke trägt? Warum wählt es eine Bezeichnung, die das Geschlecht nicht erkennen läßt? Ist dies „Mitglied der Kommunistischen Jugend" nicht deshalb der Kommunistischen Jugend beigetreten, um nach der Vereinbarung mit Garbe Material für die Gegner zu erschleichen (Arbeiter-Jugend)? Hat nicht Herr Garbe noch andere Beziehungen zu Emil Werner? Hat er nicht ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis — na, sagen wir in der Liebe — zu einem und demselben „Mitglied der Kommunistischen Jugend" mit Werner gehabt?

Das „Volksblatt" heuchelt seit fünf Tagen Entrüstung über die angebliche Denunziation des Genossen Schnetter. **Wie haben die Herren Schufterle, Kasparek und Co. die Denunziation, die den Namen Emil Werner angegeben hat, behandelt?** Hat sie Herr Garbe verächtlich abgewiesen? Will sich Garbe äußern, welchen Schutz er diesem „Mitglied der Kommunistischen Jugend" (natürlich nur wegen der Kälte, nicht wahr?) angedeihen ließ?

Die Antwort der „Volksblatt"-Redaktion muß so ausfallen, daß feststeht:

1. Die „Volksblatt"-Redaktion war vor der Verhaftung Werners über Täter und Tatumstände informiert.
2. Die „Volksblatt"-Redaktion und andere führende VSPD.-Leute haben viel engere Beziehungen zu den „Tätern", als der Genosse Schnetter und die KPD.
3. Die Verleumdungen der „Volksblatt"-Redaktion gegen den Genossen Schnetter sind nichts als ein Ablenkungsmanöver von ihren eigenen Taten.

Damit schließen wir für heute: Wer auf dem Misthaufen sitzt, soll nicht noch mit Dreck werfen! Wenn die Kasparek, Schufterle und Comp. nicht müde werden, uns mit Kot zu beschmutzen, dann werden wir dafür sorgen, daß sie am eigenen Stank daran ersticken.

Theater und Konzerte

* **Wochenplan des Stadttheaters.** Heute, Sonnabend, abend 7½ Uhr geht die Posse „Robert und Bertram", Sonntag 7½ Uhr „Der Wildschütz" in Szene. Montag 7½ Uhr in neuer Einstudierung „Kater Lampe", Dienstag: Geschlossene Vorstellung, Mittwoch und Freitag „Der Rosenkavalier", Donnerstag. „Der Wettlauf mit dem Schatten", Sonnabend, den 27., „Die Gezeichneten" für die Dienstag-Abonnenten. Da am Dienstag eine Sondervorstellung für den hier tagenden Landbund stattfindet, sieht sich die Intendanz genötigt, die Vorstellung für die Dienstag-Stammkarten ausnahmsweise zu verlegen, und zwar auf Sonnabend, den 27. Januar.

Im Thalia-Theater wird morgen, Sonntag, abend 7½ Uhr der Schwank „Die drei Zwillinge" gegeben. Karten an der Kasse des Stadttheaters.

Weihnachtsmärchen-Vorstellungen. „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging" am Mittwoch und Sonnabend nachmittag 3½ Uhr.

Freie Volksbühne. „Zauberflöte". Zu dem Vortrag des Professor Schering über Mozarts „Zauberflöte" am Dienstag, dem 23. Januar, abends 8 Uhr, im Thalia, werden musikalische Erläuterungen durch Frl. Kramer und die Herren Neubert und Kögel gegeben werden. Spielplan nächster Woche: „Kater Lampe", Montag G, Mittwoch: „Rosenkavalier" F, Donnerstag: „Der Wettlauf mit dem Schatten" E.

Filmnachrichten

CT., Riebeckplatz. Der Großfilm „Monna Vanna" bleibt wegen des großen Andranges volle zehn Tage, also bis einschließlich Donnerstag, den 25. Januar, auf dem Spielplan.

CT., Große Ulrichstraße. „Der schwarze Stern" wird von Kinoschriftstellern als eine fast glaubliche Geschichte bezeichnet. Er dürfte aber nicht ein verfilmter Ullstein-Roman sein, um dieser Ankündigung Lügen zu strafen. Wie alle Ullstein-Romane, so bewegt sich auch dieser Film im Bereich des Unmöglichen. Soweit ist die Wissenschaft denn doch noch nicht, daß durch Einwirkung von Strahlen die Menschen zu Hellsehern werden. Das Schauspiel. Können aller Mitwirkenden ist in diesem Film auf der Höhe. Direktion sollte doch endlich die sogenannten amerikanischen Hu Filme ablegen, denn mit jedem Film werden sie abgeschma Es scheint so als ob Amerika all seinen im eigenen Lande abzusetzenden Schund nach Europa schickt. Wenn man schon ausländische Films zeigen will, was absolut kein Fehler ist, dann man doch gute Filme zeigen, die auch die amerikanische Filmindu produziert. Von den Prügeleien, Chaplin- und Harald-Lo Geistlosigkeiten haben wir nun genug gesehen.

Ammendorf. Die Liebknecht-Feier nahm einen äußer würdigen Verlauf. Die Darbietungen des Männer- und Frauen chors sowie die der Dramatischen Abteilung die dem Abend ge gepaßt waren, wurden unter größter Aufmerksamkeit entgeg genommen. Genosse Höcker hielt die Gedenkrede und entwarf ein Lebens- und Charakterbild dieser beiden großen Revolution helden.

Ammendorf. Einbruch in die Schule. Vorige Nacht wurde in dem Schulneubau Regensburger Straße 35 a, der am 1. Februar in Benutzung genommen werden soll, ein Einbruch verübt. Die Diebe entwendeten aus der Schulbadeanlage das große Mischventil aus Messing, 13 Messingbrausen, einige Badewannenüberläufe aus Kupfer und einen Bleisiphon. Scheinbar sind die Diebe bei ihrer Arbeit gestört worden, denn nach dem Befund ist anzunehmen, daß sie die Absicht hatten, auch die Messinghähne über den Badewannen zu entfernen. Vor Ankauf der vorgenannten Gegenstände wird gewarnt und sind Angaben an die Kriminalpolizei Halle oder an die Amtsverwaltung Ammendorf erbeten.

Oppin. Achtung, Bauarbeiter! Sonntag nachmittag 2 Uhr findet im Gasthof Ferl eine Versammlung der Bauarbeiter statt. Alle Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Referent anwesend. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage und das Baugewerbe.

Sport

Serienspiele am Sonntag, dem 21. Januar:

Spiel-Nr	Zeit	Erster Verein (Heimverein)	Schiedsrichter
		1. Klasse. Gruppe 1.	
13	1/2 3 Uhr	Teutonia 1. — Minerva 1.	Schmidtke, Viktoria
6	1/2 3 „	Kaynа 1. — VfB Lettin 1.	Lahl, Wörmlitz
8	1/2 3 „	Trotha 1. — Ammendorf 1.	Schmidt, Reideburg
		1. Klasse. Gruppe 2.	
35	1/2 3 Uhr	Fortuna 1. — Wörmlitz 1.	K. Ulrich, Viktoria
36	1/2 3 „	Viktoria 1 — Askania 1.	Henze, Teutonia
37	1/2 3 „	Kröllwitz 1. — Sportlust 1.	Rausch, Dürrenberg
		2. Klasse. Gruppe 2.	
103	1 Uhr	Fichte 2. — Dürrenberg 2.	Askania
192	1 „	Kaynа 2. — Merseburg 1.	Trotha
		2. Klasse. Gruppe 3.	
153	1/2 3 Uhr	Ammendorf 2. — Minerva 2.	Wörmlitz
155	1/2 3 „	Wörmlitz 2. — Kröllwitz 2.	Teutonia
156	1/2 3 „	Wehlitz 1. — Brehna 1.	Ammendorf
157	1/2 3 „	Zörbig 2. — Reinsdorf 1.	Brehna
		3. Klasse. Gruppe 2.	
227	1 Uhr	Viktoria 3. — Askania 3.	„Hertha" Lettin
196	1 „	Reideburg 2. — Kröllwitz 3.	Sportlust
		Fortuna 3. — Liesau 1.	VfB Lettin

Das Spiel Fichte 2. — Dürrenberg 2. findet auf dem Sportplatze statt.

Turn- und Sportverein Fichte. Fußballabteilung. Spiele am Sonntag, dem 21. Januar 1923: Fichte 2. — Dürrenberg 2. um 1 Uhr auf dem Sportplatz. Die Mannschaft spielt in folgender Aufstellung:

Dörbeck, R. — Schwenke, Pollmer — Dätig, Laue, Friedrich — Schmidt, Otto — Spott, Bielig, Kurt — Schröder — Reutscher

Treffpunkt 12 Uhr bei Thomas.

Spiele für Sonntag, den 21. Januar:

HFK. Sportlust 07. Sport ist 1. — Kröllwitz 1. 1/2 3 Uhr, Brandberge; Sportlust Jgd.—Minerva-Jgd. 11 Uhr, Sportplatz Sportlust 2. — Merseburg 2. 2 Uhr, Minervaplatz, Treffpunkt 1 Uhr, Rosengarten. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Nummer 4 der Wochenzeitung

DAS WORT

erscheint heute als „Berliner Unkultur"-Nummer

Aus dem Inhalt:

Catalina: Berliner Hexensabbat; A.: Berliner Brief; Dr. O. G.: Sexuelle Entartung, eine Folge der Unkultur; Toller: Börsentaumel; Tut: Und Deine Seele?; Omü: Der rote Stirch, eine Nervenpeitschung im Kabarett; Ringelnatz: „Draußen schneit's"; Omü: Joachim Ringelnatz, ein Dichter des Kabaretts; D. Kilian: Teufelstanz. Ferner eine Zeichnung zu dem Stück „Die Peitsche."

Ein überaus interessante Nummer ist in Halle bei allen Zeitungsverkaufsstellen während der ganzen Woche zu haben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen: Fritz Kroh. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Gummi-Bieber, Mäntel — Schläuche, nur Gr. Steinstraße 35.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230120-14/fragment/page=0005

Kämpfende Jugend

An die arbeitende Jugend!

„Erhebt Euch gegen Imperialismus und Krieg!"

Die französischen Kapitalisten schicken ihre Truppen in das Ruhrgebiet unter dem Vorwand, von Deutschland die Bezahlung der Reparationsbeträge zu erzwingen. Die deutsche Bourgeoisie hat das vorausgesehen, hat bewußt mit dem Feuer des Krieges gespielt, da sie nicht die Lasten des Wiederaufbaues tragen wollte und sie dem werktätigen Volke aufzuzwingen suchte. Dies soll auch jetzt wieder die Zeche der Bourgeoisie bezahlen. Die furchtbare Gefahr eines neuen Krieges, heraufbeschworen durch den französischen Imperialismus und der wahnsinnigen Entfesselung der reaktionären Mächte, steht unmittelbar vor uns. Neue furchtbare wirtschaftliche Lasten sollen der deutschen Arbeiterklasse durch die Entente und die deutsche Bourgeoisie auferlegt werden, vor allem der arbeitenden Jugend in Stadt und Land.

Werktätige Jugend! Arbeiter, Bauern und Soldaten! Ihr sollt als erstes Opfer auf dem Schlachtfeld des imperialistischen Krieges und des Elends fallen. Ihr sollt mit Eurem Blut, mit Eurem jungen Leben die Herrschaftsansprüche der französischen Kapitalisten erfüllen. **Wehrt Euch mit allen Mitteln! Folgt den Parolen der Kommunistischen Internationale und nehmt mit all Eurer jugendlichen Kraft und Begeisterung teil an dem Kampf der erwachenden Arbeiterklasse.**

Ihr französischen und Ihr belgischen, englischen, italienischen, tschechoslowakischen jugendlichen Arbeiter und Soldaten! Fallt dem Imperialismus Eurer Bourgeoisie in den Arm! Weigert Euch, als Henker des französischen Imperialismus Eure Brüder abzumorden. Verbrüdert Euch mit den deutschen Klassengenossen! Kämpft für die einheitliche Front des Proletariats zum Sturz der imperialistischen Regierung und zur Einsetzung der Arbeiterregierung!

Ihr deutschen jungen Arbeiter! Kämpft für Einheitsfront des Proletariats gegen die Bourgeoisie aller Länder! Für die Aufzwingung der Reparationskosten auf die besitzenden Klassen! Für die Arbeiter-Regierung! Für die Bewaffnung des Proletariats! Denn die Durchführung dieser Losung allein verhindert Krieg und weitere Verelendung.

Jugendgenossen! Wir wollen nicht hungern und sterben für die Interessen des Kapitalismus. Wo die Proletarier aller Länder sich vereinigen zum gemeinsamen Kampf gegen ihre imperialistische Bourgeoisie, da müßt Ihr in der ersten Reihe des Kampfes stehen.

Das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Jugend-Internationale.

Haben die Arbeiter ein Vaterland?

Jedes Land hat seine Traditionen. Der gute Bürger ist stolz darauf. Auch bei uns. Warum auch nicht? — Es ist sein heiliges Recht! Er kann es verteidigen. Der Staat leiht ihm die Mittel dazu: Schule, Kirche, Maschinengewehre. — Er bedarf ihrer im Kampf gegen die Ungläubigen, gegen uns, die wir die große Lüge, die ganze Faulheit erkannt haben und uns von dieser Flut modernden Geistes befreien wollen.

Einst haben wir als Gassenjungen noch die alten Melodien gesummt. Denn auch die Dichter und Sänger haben sich in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Sie lobpreisen und verherrlichen. Die Melodien sind schmeichelhaft für das gläubige Ohr. Und jetzt — was ist mit uns geschehen, daß wir es rufen, laut und lauter rufen aus wilder, leidenschaftlich bewegter Seele:

Wir haben kein Vaterland!

Nichts kommt von ungefähr! Man kann alles ergründen. Auch dieses! Wir haben uns dieses Vaterland mit offenen Augen angesehen, wir haben auch die Geschichte studiert, und wir haben alles andere gefunden, als der sittsame, über uns entrüstete Spießer, der so viele Machtmittel besitzt, seine heilige Tradition zu verteidigen, aber keines, um unser Gehirn zur Untätigkeit zu verdammen.

Und nun wollen auch wir reden! Nicht, um uns gegen den Vorwurf des „Vaterlandsverrates" zu verteidigen, denn wir können nicht verraten, was wir nicht besitzen, sondern um jene Gesellschaftsordnung anzuklagen, die sich des Begriffes Vaterland bedient, um Menschen zu willenlosen Werkzeugen ihres verbrecherischen Machtwahnes zu erniedrigen.

Zwanzig Millionen Menschen sind das Opfer eines einzigen solchen Wahnsinns! Zehn Millionen Tote! Zehn Millionen Krüppel! Man sagt: Zahlen sprechen. Doch Worte sind deutlicher: Du gehst vier Tage und vier Nächte lang durch ein Meilenfeld von Leichen und Du bist noch nicht am Ende des Entsetzens!

Warum sage ich das? Etwa um den fettgefressenen Bourgeois im tiefsten seiner Seele zu erweichen? Unnützes Beginnen. Der ist längst entmenschlicht, entgeistet. Wir reden zu jenen, die sich zuweilen noch betören und betrügen lassen von diesem Wahnsinn. Wir reden zu jenen die dennoch im Grunde ihres Herzens ehrlich bestrebt sind, Menschen zu sein.

Wir schaffen an der Neuwerdung des Menschen! Wir leugnen nicht die Stätte unserer Geburt. Sonst müßten wir leugnen, daß wir geboren sind. Wir wehren uns gegen den Stempel der Klassenbestimmung, der uns schon aufgedrückt ist, indem wir lebend uns vom Mutterleibe trennen. Wir leugnen die göttliche Vorausbestimmung zur unterdrückten Klasse, wir leugnen die Notwendigkeit des Klassengegensatzes. Und indem wir dies tun, leugnen wir nicht den Boden der uns trägt — sind wir doch durch die Natur mit ihm innig verbunden — **wir leugnen nur den Charakter einer Gesellschaftsordnung, die dem Einen erlaubt, sich diesen Boden untertan zu machen, und von dem Besitzlosen, dem Entrechteten, noch verlangt, daß er dieses gestohlene Gut verteidige, „im Namen des Vaterlandes".**

Ihr wollt uns durch die Geschichte die Heiligkeit dieses Beginnens beweisen. Gut, dann nehmen wir die Geschichte. Vielleicht den Schwur auf dem Rütli 1921.

„Wir wollen frei sein, wie die Väter waren,
Eher den Tod, als in der Knechtschaft leben!"

Das war doch ein Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Ein Kampf für die Freiheit des Bodens. Nehmt die Geschichte, wo Ihr wollt, Ihr trefft, solange es Klassengegensätze gibt, immer den Kampf der unterdrückten Klasse gegen die unterdrückende, den Kampf der Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter. Und weil wir heute als proletarische Klasse dasselbe tun, deshalb haben uns die Hüter der unumstößlichen, gottgewollten Ordnung den Kampf angesagt.

Nun gut, wir werden ihn auch aufzunehmen wissen!

Ihr werft uns entgegen, wir wollten die Ruhe und den Frieden des Landes stören. Die Ruhe und den Frieden in welchem Lande? Zeigt uns erst das Land, wo es einen Frieden gibt!

Aber, so ruft Ihr uns entgegen: Ihr wollt ja den Klassenkampf! Allerdings wollen wir den Klassenkampf, weil wir überhaupt keine Klassen mehr wollen. Wir wollen die Beseitigung jeglicher Bestimmung zur Klasse. Die Beseitigung jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Restlose gewaltsame Beseitigung einer solch wahrhaft „göttlichen" Gesellschaftsordnung, die den Menschen heute noch seines letzten Rechtes beraubt, des Rechts auf Arbeit. Ihr sprecht von der Heiligkeit des Krieges und der Beschützung des „Vaterlandes". Ihr meint damit die Beschützung Eurer Profitinteressen. Ihr sprecht von den Feinden jenseits der Grenzpfähle, um uns irrezuführen, uns vergessen zu machen, daß Ihr unsere Feinde seid. Die Arbeiter können kein Interesse daran haben, einander totzuschlagen. Sie sind überall, in jedem Lande, da der Kapitalismus herrscht gleich ausgebeutet, gleich betrogen. Für die Arbeiterklasse kann es nur einen gemeinsamen Feind geben, und das ist die kapitalistische Räuberbande. Und weil wir dies erkannt haben, reichen wir unsern russischen, französischen und englischen Brüdern die Hand zu unserer gemeinsamen Befreiung. Es gibt für uns keine nationalen Schranken mehr, kein Vaterland im Sinne dieser bürgerlich-kapitalistischen Krämerseelenkreaturen.

All unser Sinnen und Streben geht nach der Internationale. Unser Vaterland ist die Menschheit! die neuerstandene, befreite, glückliche. Hs. Hürlimann, Luzern.

Wie ich in die Gruppe kam

Einige von den Genossen haben mich gefragt, wie ich in die Gruppe kam. Ich will auch gleich Antwort geben.

Also hört: Ich bin ein Lehrling dem es schlecht ergeht und der arbeiten mußte wie ein Tier und wenn ich meinem Vater sagte, ich bin hungrig, so bekam ich entweder einige Ohrfeigen oder Schimpfwörter. Ich kam in die Lehre in das Arsenal als Schlosserlehrling. Mein Vater kam oft in die Fabrik und redete dem Meister zu, er soll mich recht streng behandeln oder züchtigen. Ich gehörte keiner Partei an als ich einen Genossen kennen lernte, der mich in die Gruppe mitnahm. Damals wußte ich noch nicht, wie sich die Jugendlichen in eine Organisation zusammengeschlossen haben. Erst als ich mit den Genossen mitarbeitete und den Vorträgen hörte, wurde ich von dem Kommunismus überzeugt. Mir wurde erklärt, daß es Reiche gibt, die auf Kosten der Arbeiter leben. Um das abzuschaffen, schlossen wir uns in eine Organisation zusammen, den Kapitalismus zu unterdrücken, damit die Reichen arbeiten müssen wie das Proletariat.

(Aus der Wandzeitung der Gruppe Favoriten.)

Wie eine Ortsgruppe entstand

Hans, des Dorfschmieds Lehrjunge, war emsig dabei, den Hof zu fegen, als an einem Sonntag morgen ein Trupp junger Burschen auf ihn zukam. Sie waren aus der nahen Großstadt gekommen und jeder trug einen Paden Flugblätter mit sich. Einer reichte ihm einige Exemplare, während ein anderer ihn fragte, ob es denn hier keine Sonntagsruhe gäbe. Hans lächelte und meinte, es wäre ja nicht so schlimm, den Hof zu fegen wenn er weiter nichts zu tun habe. Der Meister war eben mit der Familie in die Kirche gegangen, so daß er allein war und Zeit hatte, sich mit den jungen Burschen, die ungefähr in seinem Alter standen, zu unterhalten. Sie fragten ihn nach allerlei Sachen die sein Lehrverhältnis betrafen. Hans war darüber sehr erfreut und erzählte ihnen den Verlauf seiner bisherigen Lehrzeit mit all den unangenehmen Begleiterscheinungen, an die er während seiner Schulzeit nie geglaubt hatte. Nach einer Stunde war er mit ihnen schon gut Freund geworden und wußte, daß die jungen Burschen Mitglieder der Kommunistischen Jugend seien, die heute aufs Land gezogen waren, um neue Kämpfer für ihre große Sache zu gewinnen. Als sie weiter ziehen wollten, bat er sie, recht bald wiederzukommen.

Hans war jetzt Vertrauensmann der Kommunistischen Jugend und stand mit der Bezirksleitung in stetem Briefwechsel. Er berichtete ständig über alle wichtigen Vorgänge und erhielt regelmäßig die Jugendzeitung, die er anderen Freunden auch zum Lesen gab. Nach einigen Wochen hatte er bereits einen Kreis von acht Gesinnungsgenossen geworben, mit denen er Sonntags nachmittags übers Feld ging oder in einer Wirtschaft saß und über die Befreiung der Arbeiter sprach. Auch hatte er bereits ältere Knechte gefunden, die seine Ansichten über die Lage der Landarbeiter teilten, und bald darauf beschloß Hans mit seinen Freunden eine Ortsgruppe der Kommunistischen Jugend zu gründen. Man wählte Hans zum Vorsitzenden und außer ihm noch einen Kassierer und einen Beisitzer, der für den Vertrieb der Jugendzeitung zu sorgen hatte.

Am darauffolgenden Sonntag kamen 20 Jugendgenossen aus der Stadtgruppe und veranstalteten mit ihnen eine Jugendfeier. Mit einer roten Fahne auf deren Mitte ein goldener Stern mit Hammer und Sichel prangte, zogen sie durch das Dorf und sangen revolutionäre Lieder.

Von dem Tage an wurde die arbeitende Jugend im Orte auf die kommunistische Gruppe aufmerksam und immer neue Mitglieder strömten ihr zu.

Auch die Meister und Bauern wurden auf die Gruppen aufmerksam aber alle ihre ärgerlichen Reden konnten den Jungens und Mädels nichts anhaben, denn sie hielten fest zusammen und standen einer für den andern ein.

Wie die Unternehmer Zwietracht säen

Die Arbeiter sollen Lohnreduzierung der jugendlichen Arbeiter verlangen

Die Kapitalisten in der Tschechoslowakei benützen die Absatzkrise zu brutalen Angriffen auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Dabei suchen sie die Kampffront der Arbeiter zu zersplittern, um dann um so leichter den Lohn kürzen und die Arbeitszeit verlängern zu können. Gegenwärtig fordern die Unternehmer der Ostrauer Kohlenindustrie eine 20- bis 30prozentige Lohnreduzierung und raten den Arbeitern im Punkt 5 ihrer Forderungen:

„Den Bergleuten steht es frei (!!) eine Lohnreduzierung um weitere 10 Prozent bei den jugendlichen Arbeitern (!) zu verlangen, falls sie sich durch die Konkurrenz dieser Arbeiter behindert fühlen."

Die Unternehmer hetzen die Arbeiter gegen die Jugendlichen. Wenn erst die Löhne der Jugendlichen reduziert sind, dann werden sie die Erwachsenen hinauswerfen und nur die billigen jugendlichen Arbeitskräfte einstellen. Zuerst hetzen sie die Alten auf die Jungen und wenn es ihnen gelungen ist, spielen sie die Jungen gegen die Alten aus.

Was müssen wir daraus lernen? Wir müssen eine bessere Entlohnung der jugendlichen Arbeiter, mindestens 30 bis 90 Prozent des niedrigsten Gehilfenlohnes unentwegt weiter fordern, damit die Kampffront der Arbeiter hergestellt wird und geschlossen bleibt.

Die Klerisei

52| Roman von Nikolaus Leskow

Viertes Kapitel

Die Hausfrau begrüßte die Gäste und war glückselig, als sie merkte, daß keiner sich mit ernsten Gedanken trug, daß das Schicksal des verbannten Priesters längst niemanden mehr beschäftigte.

Die Gäste waren sämtlich in fröhlichster Stimmung. Als erster erschien der „Kreiskommandant", Invalidenhauptmann Powerdownia, ein rothaariger Offizier mit großen runden Augen, der sich vom Proviantschreiber hinaufgedient hatte.

Die große üppige Madame Mordotonaki überstrahlte die ganze Gesellschaft und alles wirkte neben ihr matt und unbedeutend. Sogar Daria Ljizukina schien ganz klein geworden. Die Hausfrau floß über von Schmeichelreden, führte dem Gast die interessantesten Leute zu und bat den Hauptmann Powerdownia und den Lehrer Warnawa Preporenskij, die Dame aufs beste zu unterhalten. Leute, die sich zur Unterhaltung mit der Petersburgerin nicht eigneten, wurden beiseite geschafft, wie der Bürgermeister, welcher die Gewohnheit hatte, im Gespräch estmals die Redensart anzuwenden: „Da spuck mir einer ins Maul", sowie ein alter Major, der im Kaukasus gedient und die Veranlassung zur Entstehung des schönen Vergleichs gegeben hatte: „Dumm wie ein kaukasischer Major", und schließlich der Diakon Achilla. Diese drei Personen waren sehr glücklich in einer kühlen Kammer untergebracht, wo die Weine und kalten Speisen bereit standen. Sie waren über ihre Verbannung keineswegs betrübt. Ganz ungeniert und in nächster Nähe der Speisen führten sie äußerst lebhafte Gespräche und philosophierten sogar. Der Major wollte wissen, „woher die Frechheit komme", und erklärte sie daraus, daß die Menschen heutzutage sehr verwöhnt seien — was er durch eine ganze Menge von Argumenten zu beweisen suchte. Achilla aber wollte so viele Gründe nicht gelten lassen und sagte, die Frechheit hätte zwei Ursachen: „den Zorn und noch häufiger den Wein."

Der Major dachte nach und meinte dann, es gebe allerdings eine Frechheit, die vom Wein komme.

„Glauben Sie mir, es ist so", meinte der Diakon und leerte ein großes Glas Likör. „Ich kann mich selbst als Beispiel anführen. Im Dusel bin ich ein sehr netter Kerl, denn ich werde weder wild, noch habe ich böse Gedanken; aber, meine lieben Freunde, ich prahle im Dusel nur zu gerne. Bei Gott! Und nicht, daß ich irgendeine Absicht damit verfolge, nein, es ist, als ob meine Natur es verlangte."

Der Bürgermeister und der Major lachten.

„Wahrhaftig!" fuhr der Diakon fort. „Ich fange zum Beispiel an zu erzählen, die Gemeinde habe sich an den Bischof gewandt mit der Bitte, mich zum Pfarrer zu ordinieren, was ich selber nicht mal wünsche; oder ein andermal behaupte ich, die Kaufmannschaft des Gouverneurs petitioniere um meine Ernennung zum Protodiakon; oder . . ." Der Diakon sah sich ängstlich um und fuhr dann im Flüstertone fort: „Einmal platzte ich heraus, ich wäre in jungen Jahren mit der Tochter des Konsistorialsekretärs verlobt gewesen! Also, ich sag' Ihnen ich hätte mich am liebsten umgebracht, als man mir später von dieser meiner bodenlosen Frechheit erzählte."

„Wenn der Sekretär das erfahren hätte, hätte es schlimm werden können", bemerkte der Major.

„Und wie schlimm! Ganz scheußlich!" bestätigte der Diakon und kippte noch ein Glöschen.

„Na, wenn wir schon mal davon reden, will ich Ihnen noch etwas erzählen." Und seine Stimme noch mehr dämpfend, fuhr er fort: „Ich bin durch diese meine Flunkerei einmal schon in eine so üble Lage gekommen, daß ich aufs Haar einer öffentlichen Exekution unterworfen worden wäre. Haben Sie nichts davon gehört?"

„Nein, absolut nichts."

„Es war eine ganz böse Sache. Man hätte mich einfach henken können — auf Grund des ersten Paragraphen im Gesetz!"

„Unmöglich!" rief der Major, ganz aufgeregt.

„Warum unmöglich? Es hätte ganz leicht geschehen können, wenn ein guter Mensch mich nicht gerettet hätte."

„So erzählt uns doch die Geschichte, Vater Diakon!"

„Ja, sofort, ich will nur noch erst ein Schnäpschen nehmen."

Achilla leerte noch ein Gläschen und begann den Bericht über sein Verbrechen gegen den ersten Gesetzesparagraphen.

Fünftes Kapitel

„Das kam alles daher", fing der Diakon an, „daß ich vor Ostern nach der Gouvernementsstadt fuhr — mit zwei Pferden. Eins war meines und das andere gehörte dem Subdiakon Serioga. Wir hatten sie beide vor einen Wagen gespannt. Serioga wollte seine Kinder aus der Stadt abholen, und was ich da zu suchen hatte, das mag der Teufel wissen. Ich wollte wohl ein paar gute Bekannte wiedersehen. Als wir nun vor die Stadt kamen, sahen wir, daß die Brücke fort war und eine Fähre die Leute hinüberschaffte. Am Ufer herrschte ein fürchterliches Gedränge; Kopf an Kopf standen die Menschen da; im Zollhäuschen aber hatte ein Soldat einen Branntweinausschank. Na, da die Reihe an uns noch nicht so bald kommen konnte, gingen wir hinein und tranken ein jeder zwei Gläschen, uns zu erwärmen. Auch hier war alles voll von Leuten: Mönche und Fuhrleute und Soldaten und Beamte — das sind die allerschlimmsten — und auch einige Amtsbrüder. Es fanden sich dann auch noch verschiedene Bekannte aus unserer Gegend, und so mußte man, anläßlich des frohen Wiedersehens, gleich noch zwei Gläschen kippen. Ein Schreiber, ein ungeheuer freches Maul, fing an, uns aufzuziehen. Ich sagte ihm: „Geh hin, wo Du hergekommen bist. Du gehörst nicht zu uns." Darauf er: „Ich bin ein Offizier meines Kaisers!" Und ich: „Ich selbst bin so gut wie ein Stabsoffizier, mein Bester!" — „Stabsoffizier", sagt er drauf, „ist der Pope, Du bist aber sein Untergebener." Da sage ich, vor dem Throne Gottes stünde ich allerdings unter dem Popen meinem Amte nach, in der Politik aber seien wir beide gleich. Da ging der Streit los. Ich wurde immer hitziger infolge der vielen Gläschen, und rief schließlich: „Du Tintenjerle, was verstehst Du daron? Du kannst doch die Heilige Schrift gar nicht verstehen, denn Du hast keine Gedärme im Kopf. Sag doch mal, hat je ein Pope auf dem Zarenthron gesessen?" „Nein", sagt er. „Na also! Ein Diakon aber ist Zar gewesen und hat die Krone auf dem Haupt getragen!" — „Wer war denn das?" fragt er. „Wann ist das gewesen?" — „Ja, wann? Ich bin kein Arithmetikus und hab' die Jahreszahlen nicht alle im Kopf, aber nimm mal ein Buch zur Hand und lies nach, was Grigorij Otrepiew war, bevor er als Demetrius Zar wurde, dann wirst Du sehen, was ein Diakon wert ist." — „Nu ja", sagt er, „das war Otrepiew, aber Du, Du bist eben kein Otrepiew!" — Besoffen, wie ich bin, platz ich auf einmal los: „Woher kannst Du denn das wissen? Vielleicht bin ich noch viel mehr. Der sah dem Demetrius ähnlich, und ich habe vielleicht ein Gesicht wie irgendein Franziskus Venezianus oder ein Mahmud und werde auch König!" Kaum hat' ich das gesagt, meine Lieben, so erhebt dieser verflochte Federfuchser ein Geschrei, ruft Zeugen auf, bringt die Sache zu Papier. Man packte mich, band mich, setzte mich in einen Wagen, gab mir einen Polizisten mit und schaffte mich in die Stadt. Na und dann — Gott schenke ihm Gesundheit und langes Leben und nach dem Tode die ewige Seligkeit — dem Gendarmenoberst Albert Kasmirzowitsch, der damals an der Spitze der Geheimpolizei stand! Am Morgen ließ er mich zu sich kommen, rief seine Frau herbei und sagte: „Da, sieh mal, Herzchen, so sieht ein Thronprätendent aus." Und dann lachte er mich noch tüchtig aus und ließ mich laufen. „Geh nur, Vater Mahmud" sagte er, „und in Zukunft zähle die Gläser, die Du leerst." Gott schenke ihm ein langes Leben!" wiederholte der Diakon noch einmal und hob sein Glas. „Ich will auch heut noch auf sein Wohl trinken!"

„Da seid Ihr noch glücklich aus der Klemme gekommen", sagte der Major langsam.

„Und ob! Ich sag's ja: der Pope ist ein guter Kerl. Der Pope liebt die Regierung nicht, und wo es gegen sie geht, ist er immer nachsichtig."

Gegen Mitternacht wurde die Unterhaltung der drei Einsiedler unterbrochen; denn die Stunde war gekommen, in der auch sie sich der Gesellschaft anschließen durften: man bat sie zu Tische.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230120-14/fragment/page=0006